

## Pakistan

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

---

## ZUSAMMENFASSUNG 2

---

### Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor 5

Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	9
Militärausgaben	12
Lokale Rüstungsindustrie	13
Streitkräftestruktur	15
Bewaffnung der Streitkräfte	17
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	22
Polizei und andere Sicherheitskräfte	23
Diversität in den Sicherheitskräften	25

---

### Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts 27

Einhaltung internationaler Verpflichtungen	27
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	29
Innere Lage im Empfängerland	33
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	35
Bedrohung von Alliierten	37
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	37
Unerlaubte Wiederausfuhr	40
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	41

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juli 2025) nahm Pakistan zwischen 2020 und 2024 die fünfte Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. China war mit Abstand der wichtigste Rüstungslieferant Pakistans (81 % der Lieferungen) in den vergangenen Jahren; gefolgt von den Niederlanden, der Türkei, Schweden und Russland. Aus China bezog Pakistan u.a. J-10C Kampfflugzeuge, Wing Loong-2 Drohnen, F-22P und Type-054A/Jiangkai-2 Fregatten. Für die Jahre 2024-2028 steht die Lieferung von vier Type-041/Yuan U-Booten aus China an. Vier weitere derartige U-Boote sollen in Pakistan unter Lizenz produziert werden.

Die Bundesrepublik lieferte 2019 zwei Transportflugzeuge, die Pakistan 2013 aus Spanien erworben hatte und die in Deutschland zur U-Boot-Abwehr umgebaut wurden. Ebenso wurden 2019 acht im Jahr 2012 geordnete Luna-Drohnen geliefert. 2020 orderte Pakistan zudem den Umbau eines weiteren Transportflugzeuges zu einem Flugzeug zur U-Boot-Abwehr. Die Maschine erhielt Pakistan 2022. In den vergangenen Jahren wurden Rüstungslieferungen nach Pakistan unter Verweis auf die Kriterien 1, 2, 3, 4 und 7 des europäischen Standpunktes abgelehnt. So auch 2022, als neun Lieferungen im Wert von 24,29 Mio. abgelehnt wurden.

Erklärtes Ziel der pakistanischen Verteidigungspolitik ist es, sich von unsicheren Rüstungsexporten unabhängig zu machen. Der älteste Rüstungsproduzent Pakistans, die „Pakistan Ordnance Factory“ (POF) wurde bereits 1951 gegründet und produziert vornehmlich Klein- und Leichtwaffen. Die pakistanische Rüstungsindustrie ist aber auch in der Lage eine Reihe von Großwaffensystemen aller drei klassischen Dimensionen – Luft, See und Land – herzustellen. Die derzeit ehrgeizigsten Rüstungsvorhaben sind im Marinesektor zu finden (moderne U-Boote, Patrouillenschiffe und Minenräumer). Bereits in den frühen 1970er Jahren begann das pakistanische Atomwaffenprogramm welches 1998 die erste „islamische Bombe“ hervorbrachte und Pakistan zur ersten muslimischen Atommacht machte.

Pakistan besitzt eine der größten Armeen der Welt. Die Soldat:innen sind im Allgemeinen gut ausgebildet und diszipliniert. Inzwischen drohen viele der konventionellen Waffensysteme Pakistans jedoch zu veralten, weshalb nicht-konventionelle, strategische Waffen für die pakistanische Militär- und Verteidigungsdoktrin an Bedeutung gewinnen. Als ehemalige Kolonialarmee ist das Heer noch immer nach britischem Vorbild strukturiert. Im Falle einer Mobilisierung der Reservist:innen können bis zu eine Million Soldat:innen aufgestellt werden. Pakistan besitzt zwar weniger schwere Waffen als sein indischer Nachbar, im Allgemeinen sind die Waffensysteme, vor allem die Kampfpanzer, aber besser gewartet.

Das Nationalbewusstsein Pakistans definiert sich stark über die herausragende Rolle der Streitkräfte, vor allem des Heeres, in der Gesellschaft. Seit der Unabhängigkeit bildet das aus Teilen der British Indian Army entstandene Militär die kohäsivste nationale Gruppe. In der Tat ist erst durch die Streitkräfte vorangetrieben worden, dass sich der Gedanke vom „Islamischen Staat Pakistan“, dessen raison d'être einer kontinuierlichen Praktik der Differenzierung vom hinduistischen und säkularen Indien bedarf, manifestierte. Bei fast jeder größeren Krise einer demokratisch gewählten Regierung intervenierte bisher das Militär. Dies hatte zur Folge, dass Pakistan bis 2013 für mehr als die Hälfte seiner Geschichte nicht von gewählten Volksvertreter:innen, sondern von Generälen:Generalinnen regiert wurde. Demokratische Institutionen und Strukturen konnten sich im Schatten des allmächtigen

Streitkräfteapparates nur sehr bedingt etablieren. Doch nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch wirtschaftlich ist das Militär von großer Bedeutung. Es ist die wichtigste Wirtschaftsmacht des Landes und hat mittlerweile ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut. Aktive und pensionierte Offizier:innen finden sich in Führungspositionen wieder und erhalten oftmals hohe Subventionen.

### Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Pakistan ist einer Reihe von wichtigen Abrüstungsabkommen nicht beigetreten. Dies kann vor allem auf das in Pakistan vorherrschende Gefühl der eigenen Unsicherheit, bezüglich des vom indischen Nachbarn ausgehenden Bedrohungspotenzials zurückgeführt werden. Durch die Nicht-Mitgliedschaft im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) gilt Pakistan, genauso wie Indien und Israel, als inoffizielle Atommacht.

Pakistan ist den meisten wichtigen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten, in der praktischen Umsetzung bestehen aber weiterhin erhebliche Defizite. Obwohl die Verfassung umfangreiche Bestimmungen zum Schutz von Menschenrechten enthält, gilt die Situation in Pakistan als schwierig. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Abschaffung der Todesstrafe von Minderjährigen, ihre separate Inhaftierung und die in der Politik eingeführte Frauenquote. Besorgniserregend sind vor allem der hohe Grad an Korruption innerhalb des Justiz- und Polizeisystems, die weite Verbreitung von Kinderarbeit und die Situation von Frauen im Land. Die Entwicklung einer liberalen Demokratie mit effektivem Rechtsstaat und Schutz der Menschenrechte wird dadurch sowie durch Extremismus und Islamismus, die starke Stellung des Militärs, und die systematische Einschränkung der Meinungsfreiheit eingeschränkt. Über die letzten Jahre hat sich die Menschenrechtssituation nicht verbessert, eher im Gegenteil: Verschwindenlassen, staatliche Repressionen, hartes Vorgehen gegen politisch andere Meinungen, Verfolgung der Protagonisten anderer Meinungen, fabrizierte Anklagen gegen und Verhaftungen von Journalist:innen, Menschenrechtler:innen, religiösen Minderheiten gehören genauso zum Alltag wie anhaltende Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen.

In Pakistan gibt es diverse interne Konflikte, die teilweise regelmäßig in gewaltsamen Auseinandersetzungen münden, z. B. zwischen islamistischen Gruppen und der Armee/Regierung, ethnisch-separatistisch überlagerte Ressourcenkonflikte (Belutschistan) und religiöse Konflikte zwischen Christ:innen und Muslim:innen bei Blasphemieanklagen letzterer gegenüber ersteren, zwischen Sunnit:innen und Schiit:innen sowie innerhalb beider Konfessionsgruppen. Verschlimmert wird die Situation durch die weite Verbreitung von Kleinwaffen, die meist über die Grenze zu Afghanistan ins Land gelangen. Die vom ehemaligen Präsidenten Musharraf nach den Ereignissen des 11. September 2001 initiierte Annäherung Pakistans an die USA führte in vielen Teilen des Landes zu einer erheblichen Radikalisierung militanter islamistischer Gruppen und einer weiten Verbreitung terroristischer Akte. Pakistan war und ist das Rückzugsgebiet der afghanischen Taliban und für ihr Widererstarken wird zu einem Großteil die pakistanische Unfähigkeit bzw. der Unwille zur entschlossenen Bekämpfung der afghanischen Taliban im Inland verantwortlich gemacht. Seit Jahren verüben die pakistanische Taliban (TTP) und andere terroristische Organisationen schwere Terroranschläge in Pakistan. In Folge eines schweren Terrorangriffs auf eine Armeeschule in Peschawar (2014), haben Regierung und Militär mit Zustimmung aller politischen Kräfte des Landes ein weitreichendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Terror und Extremismus beschlossen (National Action Plan). Der Nationale Aktionsplan, der u. a. die Einrichtung von Militärgerichten

ermöglichte, Angehörigen des Militärs und der Sicherheitsorgane Immunität bietet und das Moratorium für die Todesstrafe aussetzte, gilt nach wie vor und wird regelmäßig verlängert.

Die Lage in Südasien gilt wegen den andauernden Spannungen zwischen den beiden inoffiziellen Atommächten, Pakistan und Indien, als unsicher. Seit der Teilung des Sub-Kontinents im Jahr 1947 ist der Kaschmir-Konflikt das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. 2019 erhöhten sich die Spannungen zwischen den beiden Ländern, nachdem das indische Parlament den Passus aus der indischen Verfassung strich, der der indischen Region Jammu und Kaschmir den Status einer autonomen Provinz garantierte. Pakistan reduzierte daraufhin seine diplomatischen Beziehungen zu Indien und setzte den bilateralen Handel aus. Nach einer kurzen zwischenzeitlichen Wiederannäherung eskalierte der Konflikt 2025 militärisch. Vier Tage lang wurden Schläge abgetauscht, mit Toten auf beiden Seiten.

Die formal existierenden Gesetze zu Waffenexportkontrollen in Pakistan geben theoretisch keinen Grund zur Kritik. Dennoch war Pakistan in der Vergangenheit in den Fokus des Interesses gerückt, nachdem bekannt wurde, dass der führende pakistanische Nuklearforscher und „Vater der pakistanischen (islamischen) Bombe“ Abdul Qadeer Khan Kopf eines internationalen Netzwerkes war, das illegal Technologien, atomwaffenfähiges Material und Know-how an Staaten wie Iran, Libyen und Nordkorea weitergegeben hat. Immer wieder verschwinden auch Waffen aus Lagern von Polizeieinheiten.

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von von 1.430 US-Dollar zählt Pakistan zu den „lower-middle income countries“. Das Land weist keine allzu hohe Auslandsverschuldung auf (38,7 % am BIP) und ist nicht abhängig von Entwicklungshilfe. Dennoch ist die wirtschaftliche und soziale Lage desolat. Die Wirtschaft gilt als nicht sehr wettbewerbsfähig, wenig diversifiziert und relativ schockanfällig. Insbesondere klimatische Bedingungen wirken sich enorm auf die Agrarwirtschaft aus, von der Pakistan abhängig ist. Eine hohe Inflation (2024 rund 22%) und ein erst im Jahr 2023 abgewendeter Staatsbankrott verschärfen die Situation. Die Weltbank bewertet die ökonomische Anfälligkeit als außergewöhnlich hoch. Mit einem HDI-Wert von 0,544 wird Pakistan der Kategorie von Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“ zugeordnet. In Bezug auf die meisten SDGs schneidet Pakistan ebenso schlecht ab. Geschlechterungleichheit, Armut, Unterernährung sowie weitere wichtige Indikatoren (Mütter- & Kindersterblichkeit, Bildungsdauer, Lebenserwartung und Alphabetisierungsquoten) stellen weiterhin große Probleme dar. Mit durchschnittlichen Bildungsausgaben von 2,1 % des BIP bzw. 2,8 % für Gesundheit (vergangene zehn Jahre) sind die Militärausgaben von 3,3 % sehr hoch. Entsprechend belegt Pakistan im GMI den 35. Platz und gilt als „stark militarisiert“.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für elektronische Ausrüstung: 87,2% Teile für U-Boote: 11,4%	0,76
2000	Splitterschutzhelme und Körperschutzwesten: 74,8% Revolver und Pistolen: 23,6%	0,0073
2001	Munition für Jagd- und Sportwaffen, inkl. -teile: 55,2% Teile für Sportpistolen und -revolver: 44,8%	0,0025
2002	Gepanzerte Geländewagen [Personenschutz]: 100%	0,23
2003	Ersatzteile für früher aus Deutschland gelieferte Kommunikationsausrüstung und Radaranlagen: 87,1%	0,89
2004	Datenverarbeitungs-ausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 70,5% Sonaranlagen und Teile für U-Boote: 12,2% Software für Funkgeräte und HF-Modem: 5,9%	32,73
2005	Torpedos, Ausrüstung für Torpedos und Teile für Torpedos: 61,5% Torpedo-Schießsimulatoren, Sonarsimulatoren und Teile für Torpedo-Schießsimulatoren: 21%	99,73
2006	LKW und Teile für LKW: 37,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Mess- und Prüfausrüstung, Stromversorgungen: 26,5% Luftaufklärungssysteme: 20%	134,71
2007	Torpedos, Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper: 44,2% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 35,2% Auswertanlagen für Torpedoübungsanlagen und Teile für Torpedoübungsanlage: 10,2%	163,82
2008	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Radarsysteme, Stromversorgungen: 63,4%; Lkw und Geländewagen mit Sonderschutz: 17,9%	93,28
2009	Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Messausrüstung, Netzumformer: 68,5% Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper: 15,2%	61,65
2010	Flugkörper und Teile für Minenräumsysteme, Flugkörper, Torpedos: 49,3%	96,68

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen: 30,7% Luftaufklärungssystem: 9,7%	
2011	Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen: 53,8% Täuschkörper: 12,5% Geländewagen mit Sonderschutz [ausländische Botschaft und UN-Missionen]: 10,4% Teile für Transportflugzeuge, Aufklärungsflugzeuge, Luftüberwachungsflugzeug und Triebwerke: 9,8%	14,07
2012	Triebwerke für Hubschrauber, Fallschirme und Teile für Hubschrauber: 37% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radarausrüstung: 25% Flugkörper, Prüfgeräte für Flugkörper, Bodengeräte für Flugkörper und Teile für Flugkörper, Lagerbehälter: 20,9%	33,14
2013	Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper, Reparaturausrüstung, Wartungsausrüstung: 45,6% Luftaufklärungssystem und Teile für unbemannte Luftfahrzeuge: 26,9% Kommunikationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Prüfausrüstung: 16,7%	46,67
2014	Flugkörper und Teile für Torpedos: 61,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Prüfausrüstung, Ortungsausrüstung, Stromversorgungen: 11,3% Teile für Hubschrauber und unbemannte Luftfahrzeuge: 9,2%	21,82
2015	LKW, Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, ballistischen Schutz [VN-Mission]: 51,5% Luftaufklärungssystem und Triebwerke für Hubschrauber: 33,5%	35,98
2016	LKW, Minenräumerausrüstung, Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Minenräumgeräte: 45,0% Kommunikationsausrüstung, Funkstöreinrichtung, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Kathodenstrahlröhre, Lenkausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Funkstöreinrichtung, Radarüberwachung, Ortungsausrüstung, Stromversorgungen: 26,1% Triebwerke, Bodengeräte zum Filtern von Treibstoff und Teile für Kampfflugzeuge, Bodengeräte zum Filtern von Treibstoff: 17,4%	23,60
2017	Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, elektronische Kampfführung, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 39,1% Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 31,6% Teile für Aufklärungsflugzeuge, Hubschrauber, unbemannte Luftfahrzeuge und Triebwerke: 22,3%	32,40
2018	Seepatrouillen- und Torpedoflugzeuge, Startgeräte für unbemannte Luftfahrzeuge und Teile für Kampfflugzeuge, Flugzeuge, Hubschrauber, unbemannte Luftfahrzeuge, Bodengeräte: 35,1%	174,38

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaraufklärungssysteme, Selbstschutzsysteme, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Wanderfeldröhren, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 27,3% Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, Schlepper, Unterwasserortungsgeräte: 18,4%	
2019	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung, Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für die elektronische Kampfführung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 34,9% Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme: 17,7% Prüfgeräte, Testgeräte, Wartungsausrüstung und Teile für Torpedos: 14,8% Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Minensuchboote, Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen: 10,8% LKW: 7,4%	63,30
2020	LKW, Geländewagen mit Sonderschutz [Bank] und Teile für den ballistischen Schutz [Bank]: 37,1% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 27,7% Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen: 15,3%	16,36
2021	Seepatrouillen- und Torpedokampfflugzeuge und Teile für Flugzeuge, Luftaufklärungssysteme: 66,8% Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung: 18,6%	39,95
2022	Kartenbildradar-Sensorausrüstung und Teile für Kartenbildradar-Sensorausrüstung: 63,4 % Teile für Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung und Ortungsausrüstung: 29,5 %	2,43
2023	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung: 63,4% Prüfausrüstung und Teile für Flugkörper, Abfeuerausrüstung: 17,2%	10,48
2024	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung, Prüfausrüstung, Ortungsausrüstung: 46,2% Steuereinrichtung für Ortungsgeräte und Teile für Patrouillenboote: 21,3% Kartenbildradar-Sensorausrüstung: 16,4%	4,80

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

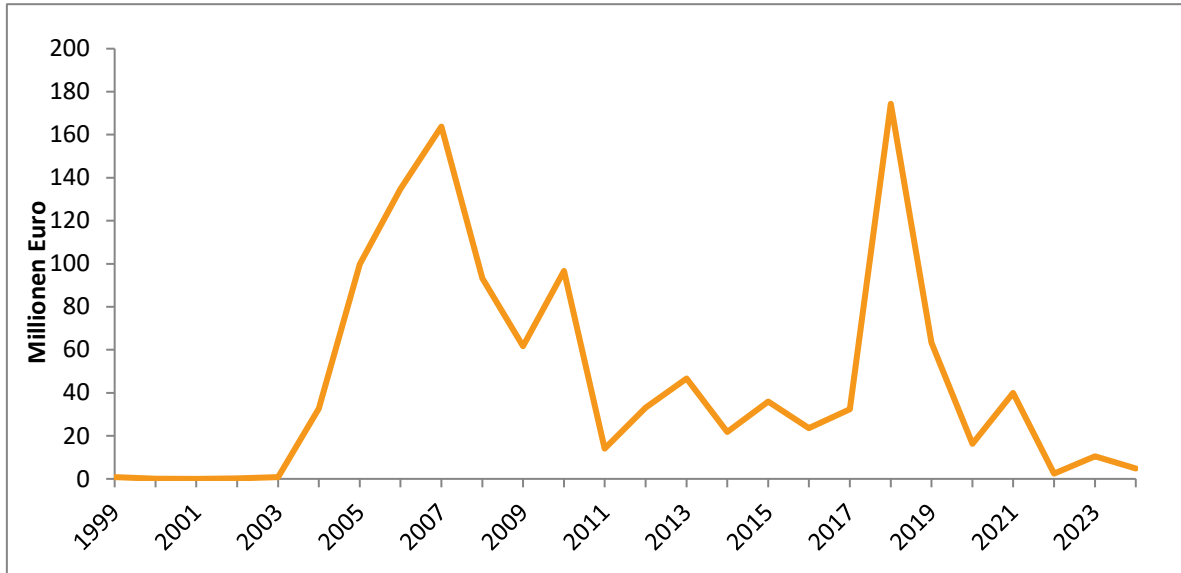
**Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024**

Tabelle 2

**Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Pakistan 2000-2024**

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
4	MTU-4000	Dieselmotor	(2003)	2006	4	Neuwertig
59	DM-2A4	AS Torpedo	2005	2007-2008	(59)	Neuwertig
4	DSQS-23	ASW Sonar	(2005)	2009-2013	4	Neuwertig
(30)	Luna	Drohne	2006	2007-2008	(30)	Neuwertig
4	MTU-4000	Dieselmotor	2006	2007-2008	4	Neuwertig
(10)	Dingo-2	Gepanzerter Mannschaftstransporter	(2009)	2010	10	Neuwertig
8	Luna	Drohne	(2012)	2019	(8)	Neuwertig
2	ATR-72MP	ASW Flugzeug	2015	2018-2019	2	Neuwertig
8	MTU-595	Dieselmotor	(2018)	2023	2	Neuwertig

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
1	ATR-72MP	ASW Flugzeug	2020	2022	1	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

### Kommentar

Die deutschen Rüstungsexporte nach Pakistan sind zwischen 2004 und 2010 stark gestiegen und ab 2011 wieder etwas abgefallen. Abgesehen von einigen MTU-4000 Dieselmotoren, 30 Luna-Drohnen (2007-2008) und zehn gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ Dingo-2 (2010) wurden jedoch kaum komplette Waffensysteme aus Deutschland nach Pakistan exportiert. Im Jahr 2005 wurden 59 DM-2A4 Torpedos sowie vier DSQS-23 Sonare bestellt, die zwischen 2007 und 2013 ausgeliefert wurden.

2018 stiegen die deutschen Rüstungsexportgenehmigungen der Bundesregierung deutlich auf rund 175 Millionen Euro an. Ausschlaggebend dafür war unter anderem die Lieferung von acht MTU-595 Dieselmotoren, welche in vier türkischen MilGem Fregatten verbaut werden. Darüber hinaus exportierte die Bundesrepublik 2019 zwei Transportflugzeuge, die Pakistan 2013 aus Spanien erworben hatte und die in Deutschland zur U-Boot-Abwehr umgebaut wurden. Ebenso wurden 2019 acht weitere im Jahr 2012 geordnete Luna-Drohnen geliefert. 2020 orderte Pakistan zudem den Umbau eines weiteren Transportflugzeuges zu einem Flugzeug zur U-Boot-Abwehr. Die Maschine erhielt Pakistan 2022. In den vergangenen Jahren wurden Rüstungslieferungen nach Pakistan unter Verweis auf die Kriterien 1, 2, 3, 4 und 7 des europäischen Standpunktes abgelehnt. So auch 2022, als sieben Lieferungen im Wert von 2,433 Mio. Euro genehmigt wurden, während neun Lieferungen im Wert von 24,29 Mio. abgelehnt wurden. 2023 wurden insgesamt 25 Ausfuhren nach Pakistan genehmigt und umfassten einen Gesamtwert von 10.467.562 Euro. Diese Lieferungen umfassten hauptsächlich Elemente für den Bereich Kommunikation auf dem Gefechtsfeld, aber auch Teile zur Prüfung und Abfeuerung von Waffen. Allerdings wurden auch im Jahr 2023 insgesamt fünf Ausfuhren mit Verweis auf Kriterium 1 und Kriterium 4 des Gemeinsamen Standpunktes der EU abgelehnt.

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Pakistan 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	620	978	1540	2393	982	6513

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

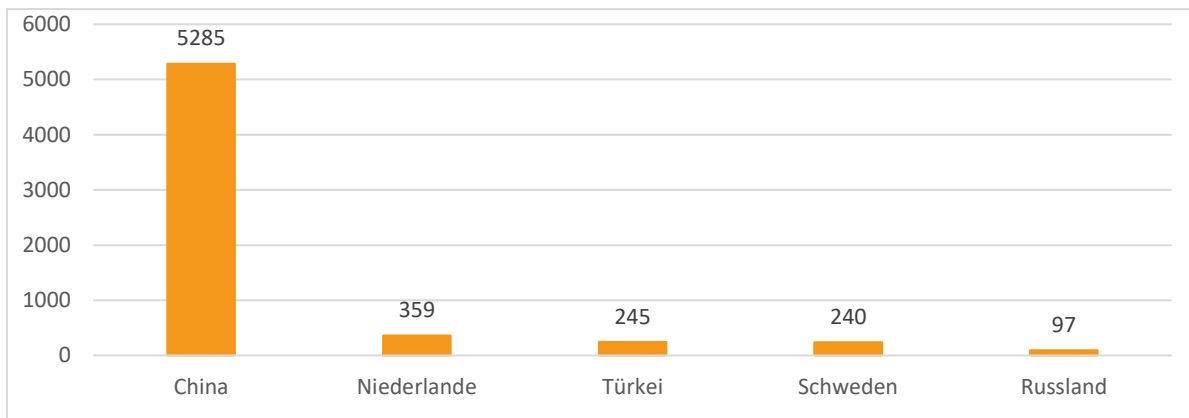
**Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Pakistan 2020-2024, Mio. TIV**

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	28	3	-	31

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Schaubild 2**

**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Kommentar zu den Waffenkäufen**

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juli 2025) nahm Pakistan zwischen 2020 und 2024 die fünfte Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wie in vielen anderen asiatischen Staaten ist auch in Pakistan die Mischung aus westlichen und östlichen Waffensystemen besonders auffällig. China war mit Abstand der wichtigste Rüstungslieferant Pakistans in den vergangenen Jahren (mit 81 % aller Lieferungen); gefolgt von den Niederlanden (5,5 %), der Türkei (3,8 %), Schweden (3,7 %) und Russland (1,5 %).

Die Volksrepublik China ist traditionell ein ausgesprochen wichtiger Lieferant für Pakistan. Vor allem während des verschärften US-amerikanischen Sanktionsregimes in den frühen 1990er Jahren spielten chinesische Waffenlieferungen eine entscheidende Rolle, um den hohen Rüstungsbedarf der pakistanischen Streitkräfte zu decken. Pakistan wird andersherum aber auch weiterhin ein sehr wichtiger Kunde chinesischer Rüstungsunternehmen sein; war es bereits zwischen 2008 und 2012 für 55 Prozent aller chinesischen Rüstungsexporte

bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

verantwortlich. Zwischen 2020 und 2024 gingen sogar 63 % aller exportierten Großwaffensysteme aus der Volksrepublik nach Pakistan. 2013 wurde die Lieferung von vier Fregatten des Typs F-22P abgeschlossen. Das Geschäft beinhaltet auch einen umfassenden Technologietransfer zur eigenständigen Produktion einer Fregatte. Daneben umfassten die chinesischen Lieferungen nach Pakistan unter anderem zahlreiche Flug- und Panzerabwehrraketen, Seezielflugkörper und Torpedos, Lenkbomben und ähnliche Geschosse verschiedener Typen – sowie entsprechende Abschusssysteme. Seit 2007 importierte Pakistan mindestens 138 JF-17 Kampfflugzeuge in verschiedenen Versionen bzw. stellt diese teilweise in Lizenz selbst her. Von 50 im Jahr 2012 geordneten Exemplaren der Block-3-Version sind bis 2024 26 Stück ausgeliefert bzw. in Pakistan produziert worden. Im Jahr 2021 wurden zudem 36 J-10C Kampfflugzeuge geordert, von denen bis Ende 2023 25 geliefert wurden. Zwischen 2013 und 2019 wurden 50 bewaffnete Drohnen des Typs CH-3 geliefert, 2015 lieferte China außerdem fünf bewaffnete Wing Loong-1 Drohnen. Erstere werden teilweise in Lizenz hergestellt; 2018 und 2019 bestellte Pakistan 48 bewaffnete Wing Loong-2 Drohnen, von denen bis Ende 2023 13 geliefert wurden, und 10 bewaffnete CH-4 Drohnen, die allesamt zwischen 2021 und 2022 geliefert wurden. 2017 orderte Pakistan zudem vier chinesische Type-054A/Jiangkai-2 Fregatten mit der Option auf zwei weitere, die bis Ende 2023 alle übergeben wurden. 2018 bestellte es insgesamt sechs Luftraumsuchradare (Typ JY-27 und Typ YLC-18). Auch sechs Offshore-Patrouillenboote und vier Korvetten finden sich unter den Importen. In den letzten Jahren haben sich die chinesisch-pakistanischen Beziehungen weiter vertieft, insbesondere infolge von zwei Freihandelsabkommen sowie im Zuge der Infrastrukturmaßnahmen zum China-Pakistan-Economic Corridor (CPEC; Investitionsvolumen: 51 Mrd. US-Dollar), der ein Kernelement der chinesischen One Belt One Road-Initiative ist. Für die Jahre 2025-2028 steht die Lieferung von vier Type-041/Yuan U-Booten aus China an. Vier weitere derartige U-Boote sollen in Pakistan unter Lizenz produziert werden.

Schweden exportierte vor allem Flugzeuge: So erhielt Pakistan zwischen 2016 und 2018 vier gebrauchte Saab-2000 Transportflugzeuge sowie 2020 bis 2024 drei gebrauchte, vor der Lieferung zu AWACS umgebaute Saab-2000 Maschinen.

Die Türkei lieferte in den letzten fünf Jahren drei bewaffnete Akinci, sowie neun bewaffnete Bayraktar TB2 Drohnen. 2018 bestellte Pakistan vier MilGem Fregatten aus der Türkei, von denen eine 2023 geliefert wurde und zwei weitere in Lizenz in Pakistan produziert werden sollen. Außerdem lieferte die Türkei seit 2018 mindestens 16 elektrooptische Ziel- und Navigationssysteme für Flugzeuge (ASELPOD) und einen Versorgungstanker (Maowin).

Die Niederlande exportierten seit 2020 zwei Hochseepatrouillenboote des Typs OPV-1900 sowie zwei OPV-2600, zwei gebrauchte Tripartite MCM Schiffe (Minenabwehr). Zudem lieferten die Niederlande zwei von acht geordneten STING (Feuerkontroll-Radare für die türkischen MilGem-Fregatten) und ein von vier geordneten SMART (Luftsuchradare, ebenfalls für die besagten Fregatten).

Aus Russland erhielt Pakistan 2016 zwei Transporthelikopter (Mi-8MT) sowie seit 2018 vier neuwertige Kampfhubschrauber des Typs Mi-35M und 500 Kornet Panzerabwehrraketen. Zudem lieferte Russland bis Ende 2024 77 von 250 Turbofan-Triebwerken (RD-33) für die JF-17 Kampfflugzeuge aus China.

Nachdem Pakistan zwischenzeitlich einer der wichtigsten Verbündeten der USA im „War on Terror“ wurde, verschlechterten sich die Beziehungen der beiden Länder ab 2016 jedoch wieder, unter anderem aufgrund des Vorwurfs der USA, Pakistan würde keine ausreichenden Maßnahmen gegen das Haqqani-Netzwerk unternehmen. So lehnte die USA zum Beispiel

die Lieferung von neuen F-16 Kampfflugzeugen ab. Bis 2016 umfassten die Lieferungen aus den USA insbesondere gepanzerte Mannschaftstransporter (teils gebrauchte), Leichtflugzeuge und Radarsysteme. 2013 erfolgte die Lieferung von fünf Aufklärungssystemen für die F-16-Flotte. 2015 folgten 15 Scan-Eagle Drohnen. Zwischen 2017 und 2019 exportierten die USA insgesamt 70 gepanzerte Mannschaftstransporter (Typ MaxxPro) und im Jahr 2018 wurde ein Geschäft über die Lieferung von vier Gasturbinen (Typ LM-2500) für Fregatten aus der Türkei beschlossen.

## Militärausgaben

Tabelle 5

### Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

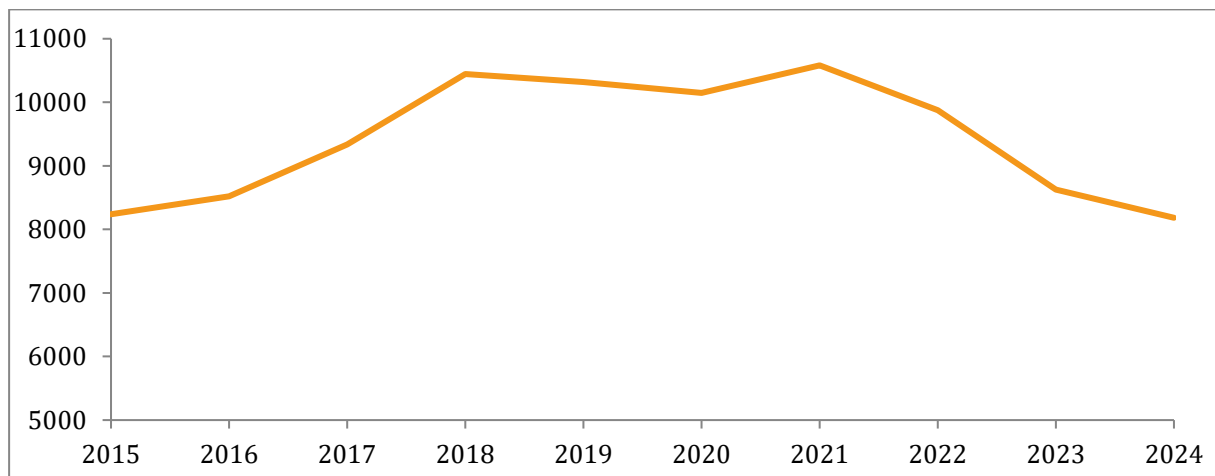
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	10148	10581	9877	8626	8183
Anteil am BIP (in Prozent)	3,5	3,4	3,2	2,9	2,7
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	17,2	18,4	15,9	15,0	13,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

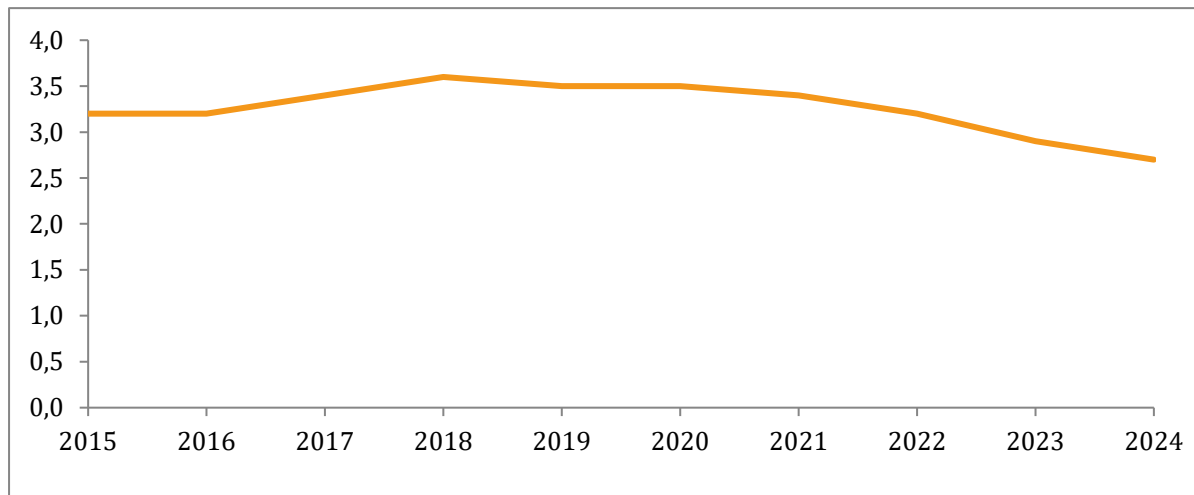
Schaubild 3

### Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 4****Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

## Lokale Rüstungsindustrie

Erklärtes Ziel der pakistanischen Verteidigungspolitik ist es, sich von unsicheren Rüstungsexporten über See- und Landverbindungen unabhängig zu machen – zumal sich Pakistan nicht mehr, wie in den frühen Zeiten des Kalten Krieges, auf Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten verlassen kann. Eigens zu diesem Zweck wurde im September 1991 das Ministry of Defence Production geschaffen und mit der Förderung und Koordination einer Reihe von Rüstungsbetrieben beauftragt. Aufgrund seiner nur beschränkten wirtschaftlichen Kapazitäten erscheint es nach wie vor unwahrscheinlich, dass Pakistan seine ambitionierten rüstungspolitischen Zielsetzungen kurz- bis mittelfristig erreichen wird. Trotzdem sind die seit der Unabhängigkeit gemachten Fortschritte bemerkenswert. So listet ein aktueller Katalog (2021) der Defence Export Promotion Organization 13 öffentliche und 45 private Unternehmen im Verteidigungssektor. Mittlerweile werden Güter für alle klassischen Dimensionen – Land, Luft und See – hergestellt und exportiert.

Der älteste Rüstungsproduzent Pakistans, die „Pakistan Ordnance Factory“ (POF) bei Rawalpindi, wurde bereits 1951 gegründet. Mit insgesamt 14 Fabrikanlagen stellt die POF heute den größten rüstungsindustriellen Komplex des Landes dar. Sie produziert unter Lizenz Heckler & Koch Kleinwaffen der Typen G-3, MG-3 und MP-5 sowie Munition und Explosivstoffe, darunter auch Landminen. Der Bedarf an Kleinwaffen und Munition der pakistanischen Streitkräfte kann somit zu 100 Prozent von der lokalen Rüstungsindustrie gedeckt werden. Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge werden von „Heavy Industries Taxila“ (HIT) hergestellt. 1971 als „Heavy Rebuild Factory“ mit chinesischer Unterstützung gegründet, lag die ursprüngliche Aufgabe in der Kampfwertsteigerung der aus China importierten T-59 Panzer. Nachdem HIT 1992 um wesentliche Produktionskapazitäten erweitert wurde, konnte sie

mit chinesischer Lizenz auch T-69 und T-85 Panzer selbstständig herstellen. HIT produziert den mit chinesischer und ukrainischer Unterstützung entwickelten modernen Kampfpanzer MBT 2000 Al-Khalid. Mittlerweile wird eine verbesserte Version, der Al-Khalid I, getestet. Über die noch weiter entwickelte und neueste Variante, den Al-Khalid II, sind bislang wenige Informationen an die Öffentlichkeit gelangt.

Auch in der Entwicklung und Produktion eigener, moderner Militärflugzeuge hat Pakistan Fortschritte gemacht. So stellte der Pakistan Aeronautical Complex (PAC) bei Kamra, nördlich von Islamabad, bis zur Jahrtausendwende lediglich chinesischer F-7 und französischer Mirage-Jäger zusammen, ist aber nur dazu in der Lage, Trainingsflugzeuge, wie beispielsweise den Super Mushshak, völlig eigenständig zu produzieren. Im Jahr 2009 wurde zudem das gemeinsam von PAC und der chinesischen Chengdu Aircraft Corporation (CAC) entwickelte Kampfflugzeug JF-17B Thunder bei der pakistanischen Luftwaffe in Dienst gestellt. Zu Beginn des Jahres 2022 wurde zudem eine Kooperation mit der Turkish Aerospace Industries (TUSAŞ) bekannt gegeben – demnach solle das türkische Kampfflugzeug TF-X, ein Kampfflugzeug der fünften Generation, gemeinsam weiterentwickelt werden. Im Februar 2024 absolvierte das türkische Kampfflugzeug (Kaan) seinen Jungfernflug, Anfang 2025 wurde bekannt, dass eine gemeinsame Produktionsstätte gebaut werden soll.

Im Marinesektor haben über die letzten Jahre eine Vielzahl geschickter Technologietransfers die Marinewerft in Karatschi dazu befähigt, moderne U-Boote, Patrouillenschiffe und Minenräumer herzustellen (siehe unten: Marine).

Bereits in den frühen 1970er Jahren hat Pakistan sein Atomwaffenprogramm begonnen. Die von den 40 Kilometer südlich von Islamabad gelegenen Khan Research Laboratories vorangetriebene Entwicklung der „islamischen Bombe“ befähigte Pakistan ab 1998 schließlich dazu, als erstes muslimisches Land nukleare Sprengsätze herzustellen. Konservativen Schätzungen zufolge ist Pakistan im Besitz von mindestens 60 Atomsprengköpfen. Durch den 1998 fertig gestellten Khushab I Reaktor, der jährlich etwa 10 bis 12 Kilogramm atomwaffenfähiges Plutonium herstellen kann, könnte Pakistan theoretisch jedoch über bis zu 200 Atomsprengköpfe verfügen (Schätzung für 2025). Mit einem weiteren 2010 in Betrieb genommenen Reaktor können bis zu 22 Kilogramm atomwaffenfähiges Plutonium hergestellt werden. Insgesamt verfügt der Khushab-Komplex zur Plutoniumgewinnung über vier Reaktoren.

Pakistan verfügt außerdem über Kapazitäten, Langstreckenraketen zu produzieren. Dabei sind aber vermutlich nur die von der Space and Upper Atmosphere Research Commission (SUPARCO) entwickelten Hatf-1 bis Hatf-3 Raketen, die über eine vergleichsweise kurze Reichweite verfügen, völlig eigenständige Produktionen. Die aus den Fabriken der Pakistan Atomic Energy Commission (PAEC) stammende Shaheen-Serie basiert dagegen augenscheinlich auf chinesischen Modellen. Ebenso ist die in Konkurrenz dazu von den Khan Research Laboratories entwickelte Ghauri offensichtlich ein Ableger der No-dong Rakete, welche Berichten zufolge im Tausch gegen Zentrifugentechnologie aus Nordkorea geliefert wurde. Auch die Babur (Hatf-VII) ist ein Nachbau einer amerikanischen Tomahawk-Rakete. Im Oktober 2023 wurde mit der „Ababeel“ zudem eine ballistische Mittelstreckenrakete mit Mehrfachsprengköpfen (Multiple independently targetable reentry vehicle; MIRV) erfolgreich getestet.

Das Ministry of Defense Production strebt nicht nur an, ein in seinen Rüstungsbedürfnissen weitgehend autarkes Militär zu unterhalten, sondern versucht vor allem auch, eine ansteigende Gewinnmaximierung durch Rüstungsexporte zu gewährleisten. Pakistan exportiert über 200 verschiedene Rüstungsgüter – von Kleinwaffen über Panzer bis zu

Raketentechnologie – in mehr als 21 Staaten, darunter Malaysia, Indonesien, Thailand, Bangladesch, die Türkei, Saudi-Arabien, Marokko, Libyen, Mauritius, Irak und weitere afrikanische Länder. Grundsätzlich gilt China mit Abstand als wichtigster Partner der Verteidigungsindustrie – doch auch die Türkei wird seit einigen Jahren immer wichtiger.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

### Box 1

#### Gesamtstärke der Streitkräfte

660.000 aktiv, davon:

Heer: 560.000

Marine: 30.000

Luftwaffe: 70.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 291.000, davon:

Flughafensicherheit: 9.000

Grenz-Korps (unterstehen dem Innenministerium): 70.000

Küstenwache (unterstehen dem Innenministerium): k. A.

Maritime Security Agency: ca. 2.000

Nationalgarde: 185.000

Pakistan Rangers (unterstehen dem Innenministerium): 25.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Tabelle 6

#### Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2025

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	653,8	653,8	653,8	653,8	651,8	651,8	651,8	660	660
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc-Berechnungen)	3	2,9	2,9	2,8	2,8	2,7	2,7	2,7	2,6

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

### Kommentar

Pakistan besitzt eine sehr große Armee. Die Soldat:innen sind im Allgemeinen gut ausgebildet und diszipliniert. Als „Frontstaat“ gegen die Sowjetunion und Verbündeter des Westens während des Kalten Krieges konnte Pakistan seine Streitkräfte mit Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten ausrüsten. Außerdem besitzt Pakistan traditionell gute

Beziehungen zu China, die sich durch die gemeinsame Wahrnehmung Indiens als eine Bedrohung erklären lassen. So konnten in der Vergangenheit erhebliche Mengen an Rüstungsgütern, unabhängig vom westlichen Bündnis, aus China importiert werden. China ist mittlerweile Pakistans Hauptpartner in Verteidigungsangelegenheiten und alle drei Teilstreitkräfte nutzen eine große Anzahl an chinesischer Ausrüstung. Seit Ende des Kalten Krieges verhinderten vor allem die aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten resultierenden geringen Staatsressourcen sowie verschiedene von den Vereinigten Staaten initiierte Sanktionsregime in den frühen 1990er Jahren eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte. Durch die besondere Rolle Pakistans im „Krieg gegen den Terror“ konnten jedoch einige Waffensysteme mit finanzieller Unterstützung aus den USA seit 2001 modernisiert und ausgebaut werden. Insgesamt ist die Militärkooperation mit den USA begrenzt und konzentriert sich auf Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung.

Zentrale Aufgaben der pakistanischen Streitkräfte sind die Katastrophenhilfe, wo sie eine entscheidende Rolle spielen, und seit 2008 verstärkt die Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung. Das Dokument zur „National Security Policy“ aus dem Jahr 2022 verschreibt das pakistanische Militär der Verteidigung, Abschreckung und Wahrung der territorialen Integrität, hebt jedoch auch die Notwendigkeit von Kapazitäten hinsichtlich des Weltraums, Information und Cybersicherheit hervor.

Speziell in den Stammesgebieten sammelten Heer und Luftwaffe bereits seit mehr als einem Jahrzehnt Kampferfahrung. Auch wenn die vom Heer durchgeführten Operationen zur Terrorismusbekämpfung die inländische Sicherheit verbessert haben, setzen sich Terroranschläge fort. Pakistan setzt eine enorme Anzahl an Soldat:innen in UN-Peacekeeping-Missionen im Ausland ein, vor allem in Afrika.

Sowohl die Rekrutierung als auch die Personalbindung sind hoch und die Armee und die Luftwaffe verfügen über beträchtliche operative Fähigkeiten. Es gibt jedoch Bedenken hinsichtlich Politisierung, Radikalisierung und Besoldung, was auf Pakistans wachsende politische, sicherheitspolitische und fiskale Krisen zurückzuführen ist.

Laut Berichten ist eine Reorganisation der Streitkräfte sowie ein enormes Beschaffungs- und Entwicklungsprogramm, vor allem zur Erhöhung der Kampffähigkeit von Marine und Luftwaffe geplant. So soll etwa die Marine auf über 50 Kriegsschiffe (Patrouillenboote, Überwasserkampfschiffe und U-Boote) erweitert werden. Zudem wurde das Naval Research and Development Institute gegründet, welches mehrere Großprojekte koordinieren und Expertise in diesem Bereich fördern soll. Das bereits in Kooperation mit China laufende Entwicklungsprojekt von Hangor U-Booten hängt dabei, Berichten zufolge, auch von der Lieferung deutscher Diesel-Motoren ab. Auch der Schutz seegestützter Atomwaffen soll mit diesen Erweiterungen erhöht werden.

Die Streitkräfte haben innenpolitisch traditionell erheblichen politischen Einfluss und sind eine dominante Stimme in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Auch als ökonomische Akteur tritt das Militär in Erscheinung; so sollen 2016 etwa 50 Betriebe unter Leitung des Militärs gestanden haben.

## Bewaffnung der Streitkräfte

**Tabelle 7**

**Heer**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	2.537	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	3.545	
Bergepanzer	Mehr als 262	
Brückenlegepanzer	Einige	
Minenräumpanzer	Einige	
Artillerie	Mehr als 4.619	
Panzerabwehr	200	Zahl der Geschütze; zusätzlich einige M901 TOW, tragbare Panzerabwehrenkwaffensysteme (u. a. HJ-8), rückstoßfreie Abschussgeräte (u. a. M40A1) und M20
Luftabwehr	Mehr als 1.933	Zahl gezogener Geschütze, zusätzlich mehr als 27 Boden-Luft-Raketensysteme
Ausbildungsflugzeuge	87	
Transportflugzeuge	30	
Kampfhubschrauber	42	
Ausbildungshubschrauber	10	
Mehrzweckhubschrauber	Mehr als 132	
Transporthubschrauber	79	
Drohnen	5	Kampfdrohnen (CH-4); zusätzlich einige Aufklärungsdrohnen (Bravo; Jasoos; Vector)
Raketen	Mehr als 165	Darunter mehr als 60 nukleare Boden-Boden-Raketen

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Aufgrund seines Erbes als Teil einer ehemaligen Kolonialarmee ist das Heer noch immer nach britischem Vorbild strukturiert. Im Falle einer Mobilmachung der Reservist:innen können bis zu eine Million Soldat:innen aufgestellt werden. Pakistan besitzt mit über 2.500 Kampfpanzern, 3.500 gepanzerten Mannschaftstransportern und Schützenpanzern sowie 4.600 Artilleriesystemen eine sehr hohe Anzahl an schweren Waffen. Auch wenn Pakistan hier rein numerisch seinem Nachbar Indien unterlegen ist, so sind diese Waffensysteme im

Allgemeinen - vor allem die Kampfpanzer - besser gewartet. Trotzdem sieht sich das Heer mit einigen Problemen konfrontiert. So sind die Kampfpanzer, mit Ausnahme der 315 ukrainischen T-80, hoffnungslos veraltet und selbst für die T-80 Panzer musste auf der IDEX 2021 ein Vertrag zur Reparatur geschlossen werden. Unter anderem deshalb und aufgrund der nur geringen Anzahl an Kampfhubschraubern sind die konventionellen Offensivkapazitäten eingeschränkt. Die Zusammenarbeit mit China und der Ukraine bei der Produktion des modernen MBT-2000 Al Khalid Kampfpanzers soll hier Abhilfe schaffen. Insgesamt sollen 600 dieser Panzer ältere Modelle wie beispielsweise den M-48 ersetzen. Stand 2024 verfügt das pakistanische Heer über 300 Stück dieser Panzer und ca. 110 in verbesserter Ausführung. Ob die Ukraine noch die vertraglich vereinbarten Dieselmotoren liefert, ist derzeit unklar.

Aufgrund der mangelhaften konventionellen Fähigkeiten sind nicht-konventionelle strategische Waffen für die pakistanische Militär- und Verteidigungsdoktrin von Bedeutung. Beispielsweise die in den 1980er Jahren entwickelte Hatf-1 Kurzstreckenrakete noch keine nukleare Trägerfähigkeit, konnte aus den 1987 von China gelieferten Komponenten der M-11 Rakete eine entsprechende neue Raketengeneration entwickelt werden, die dazu in der Lage war, Atomsprenköpfe zu transportieren. Heute besitzt Pakistan vier Kurzstreckenraketen (Hatf-2, Hatf-3, Hatf-4 und Hatf-9) und drei Mittelstreckenraketen (Hatf-3, Hatf-5 und Hatf-6), die Atomwaffensprengköpfe transportieren können. Die Ghaznavi (Hatf-3) sowie die Shaheen-1 (Hatf-4) wurden das letzte Mal im Mai 2010 getestet und vorgeführt. Da Kurzstreckenraketen jedoch nicht in der Lage wären, größere indische Bevölkerungszentren wie etwa Neu-Delhi zu treffen, sind Mittelstreckenraketen für Pakistan von besonderem Interesse. Derartige Raketen, die Pakistan momentan in Dienst hat, sind die Ghauri I (Hatf-5) und die Shaheen-2 und -3 (Hatf-6). Mit einer Reichweite von bis zu 2.750 Kilometern könnte diese Rakete Ziele in ganz Indien und darüber hinaus treffen. Geheimdiensten zufolge scheint die Ghauri-Technologie jedoch weniger auf der chinesischen M-11 als auf der nordkoreanischen No-dong Rakete zu basieren. Außerdem arbeitet Pakistan an der Entwicklung von Marschflugkörpern, die Atomsprenköpfe befördern können. Der Babur (Hatf-7) ist in seiner Reichweite von 700 Kilometern auf 1000 erweitert worden, im Dezember 2007 führte Pakistan den vierten Testflug des Marschflugkörpers durch. Er wurde entwickelt, um problemlos von U-Booten abgeschossen werden zu können. Im gleichen Jahr war der erste Testflug der Thunder (Hatf-8). Ende 2016 testete Pakistan erfolgreich den verbesserten Marschflugkörper „Hatf Babur“. Im Januar 2017 gab es den ersten erfolgreichen Raketentest eines atomwaffenfähigen Marschflugkörpers von einem abgetauchten U-Boot (Typ Barbur-3 mit einer Reichweite von 450 Kilometern). 2023 wurde mit der „Ababeel“ außerdem eine ballistische Mittelstreckenrakete mit Mehrfachsprengköpfen (Multiple independently targetable reentry vehicle; MIRV) erfolgreich getestet. Die nukleare Infrastruktur soll nach Angaben des IISS unter Schutz einer 25.000 starken Sicherheitstruppe stehen. Das strategische Kommando der Landstreitkräfte umfasst dabei rund 12.000 bis 15.000 Soldat:innen.

**Tabelle 8****Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	8	
Fregatten	11	
Patrouillenboote	21	
Davon Korvetten	2	
Minenboote	6	Davon 1 eingelagert
Amphibienfahrzeuge	8	
Logistik und Unterstützung	11	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

**Box 2****Marineflieger**

10 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr  
 5 Transportflugzeuge (davon 1 Passagierflugzeug, zwei im Umbau zu Seefernaufklärern)  
 12 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr  
 6 Mehrzweckhubschrauber  
 5 Transporthubschrauber  
 1 Such- und Rettungshubschrauber  
 2 Aufklärungsdrohnen  
 Einige Raketen (AM-39 Exocet)

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

**Kommentar**

Um Indiens wachsenden maritimen Kapazitäten zu begegnen, durchläuft die pakistanische Marine derzeit eine umfassende Modernisierung und Aufrüstung, welche Ende der Dekade abgeschlossen sein soll. Im Zuge dieser soll die Marine auf 50 Kriegsschiffe anwachsen. Hierbei setzt die pakistanische Marine auf einen Mix aus Importen – vor allem aus China und der Türkei – und Produktion vor Ort.

Die U-Boot-Flotte genießt eine ausgesprochen hohe Priorität in der pakistanischen Marine. Seit 1994 wurden die vier in den 1970er Jahren aus Frankreich importierten U-Boote der Daphné-Klasse durch zunächst zwei Agosta 70 und später drei moderne Agosta 90B U-Boote ersetzt (pakistanische Bezeichnungen Hashmat bzw. Khalid). Das Geschäft über letztere beinhaltete einen wichtigen Technologietransfer. Während das erste Boot noch in Frankreich gebaut wurde, einigte man sich darauf das zweite Boot mit französischen Bauteilen und

Werfthilfe in Pakistan selbst zusammensetzen. Das dritte U-Boot wurde schließlich vollständig in Pakistan produziert. Die Boote wurden ab 2003 bei der Marine in Dienst gestellt. Der Auslöser für diese ambitionierte Serie von Technologietransfers war das Sanktionsregime der Vereinigten Staaten Anfang der 1990er Jahre, durch das die pakistanische Marine in kurzer Zeit erheblich geschwächt wurde. Ziel war auch deshalb der Aufbau eines unabhängigen maritimen Rüstungsindustriezweigs. Verhandlungen zwischen ThyssenKrupp Marine Systems und Pakistan über die Lieferung von drei U-Booten des Typs U-214 sind angesichts der kritischen deutschen Öffentlichkeit und den politischen Entwicklungen in dem Land sowie der Region gescheitert. 2015 orderte die Marine daher insgesamt acht U-Boote des Typs-041 aus China, von denen vier in Pakistan selbst produziert werden. Im Dezember 2024 war offizieller Baubeginn des ersten pakistanisch gebauten U-Bootes. Die Indienststellung der Boote, die die pakistanische Bezeichnung Hangor tragen werden, ist zwischen 2025 und 2028 geplant. 2020 wurde bekannt, dass China auch ein Yuan-U-Boot zum vorbereitenden Training für die acht geordneten U-Boote liefern wird. Derzeit gibt es Überlegungen innerhalb der pakistanischen Streitkräfte, mit Unterstützung Chinas ein nuklearbetriebenes U-Boot zu bauen.

Auch die zehn derzeit im Einsatz befindlichen Fregatten stammen ebenfalls überwiegend aus China und der Türkei. So setzte die pakistanische Marine derzeit eine türkische MilGem Fregatte ein. Das unter der Bezeichnung Babur laufende Schiff ist das erste von vier 2018 bestellten. Die Hälfte dieser soll in Pakistan gefertigt werden. Die Auslieferung aller Schiffe war 2023-2025 angesetzt; weitere Schiffe des Typs sollten also bald folgen. Neben diesen befinden sich vier chinesischen F-22 Fregatten und weitere vier des Typs-054A im Einsatz. Erstere wurden von 2009 bzw. 2013 ausgeliefert, letztere ab 2019. Das letzte der zehn Schiffe ist eine ehemals amerikanische Fregatte der Parry Klasse. Diese wurde 2010 gebraucht aber modernisiert als Militärhilfe für 65 Millionen Dollar an Pakistan abgegeben.

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	107	
Jagdbomber	310	
Aufklärer	10	Alle kampffähig
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	2	
AWACS	12	
Ausbildungsflugzeuge	140	Davon 38 kampffähig
Transportflugzeuge	51	Davon 12 Passagierflugzeuge
Tankflugzeuge	4	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Mehrzweckhubschrauber	29	
Transporthubschrauber	6	
Drohnen	Mehr als 18	Kampfdrohnen (Akinci; CH-3 und CH-4; Wing Loong I und II; Bayraktar TB2); zusätzlich einige Aufklärungsdrohnen (Falco)
Luftabwehr	Mehr als 190	
Raketen	Einige	u. a. Ra'ad (nukleare luftgestützte Marschflugkörper)

Quelle: *ISS Military Balance 2025*

### Kommentar

Von allen Teilstreitkräften ist die pakistanische Luftwaffe – vor allem im Vergleich zu der Stärke der indischen Luftwaffe – wohl qualitativ am schwächsten. Dennoch ist sie mit derzeit 465 kampffähigen Flugzeugen ab generell sehr gut aufgestellt.

Die Luftflotte umfasst Jagdflugzeuge und Jagdbomber diverser Typen und jeweils in verschiedenen Ausführungen, darunter noch Mirage IIIB, F-7P, F-16 A/B sowie J-10 und JF-17. Die meisten dieser Modelle sind jedoch veraltet. So handelt es sich bei den F-7 um chinesische Nachbauten der MiG-21, welche ursprünglich in den 60er Jahren entwickelt wurden. Die Versionen P und PG verfügen über ein verbessertes Radar und wurden vermutlich in den 80er Jahren produziert. Auch die Mirage, die sowohl in der Rolle als Abfangjäger als auch als Jagdbomber fungieren, sind größtenteils veraltet. Um diese zu ersetzen, wurden zwischen 2005 und 2013 insgesamt 45 F-16 aus dem Vereinigten Staaten und Jordanien importiert. Auch diese fungieren in beiden Rollen. Als Jagdbomber fungieren ebenfalls knapp 150 JF-17. Das Kampfflugzeug wird seit 1999 gemeinsam zwischen pakistanischen und chinesischen Unternehmen entwickelt. 2017 bestellte Pakistan zwölf dieser Flugzeuge aus China, die zwischen 2018 und 2019 geliefert wurden. 2018 bestellte es weitere 26 Abfangjäger dieses Typs. Außerdem hat es seit 2022 25 J-10C Abfangjäger aus China erhalten; weitere sollen folgen. Bis Frühjahr 2017 hat Pakistan alle sechs geplanten medizinischen Evakuierungsflugzeuge der USA erhalten, wodurch die Fähigkeiten in der medizinischen Evakuierung und auch im Truppen- und Ausrüstungstransport gestiegen sind. Im Februar 2017 wurde bekannt, dass Pakistan eine unbekannte Anzahl weiterer AW139-Mehrzweckhubschrauber aus Italien bestellt hat. Darüber schloss Pakistan 2018 ein Geschäft (1,5 Mrd. US-Dollar) mit der Türkei über 30 Kampfhubschrauber vom Typ A-129C Mangusta, deren Lieferung noch geplant ist.

Derzeit baut die Luftwaffe vor allem ihre Überwachungs- und Präzisionsschlagfähigkeiten aus.

**Box 3*****Paramilitärische Einheiten***

*Grenz-Korps:*  
45 gepanzerte Mannschaftstransporter

*Küstenwache:*  
5 Patrouillenboote

*Maritime Security Agency:*  
23 Patrouillenboote  
3 Transportflugzeuge

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

**Box 4*****Peacekeeping***

*Dem. Rep. Kongo (MONUSCO): 383 Soldat:innen*  
*Somalia (UNSOS): 1 Soldat:in*  
*Sudan (UNISFA): 593 Soldat:innen*  
*Südsudan (UNMISS): 292 Soldat:innen*  
*Westsahara (MINURSO): 12 Soldat:innen*  
*Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 1.314 Soldat:innen*  
*Zypern (UNFICYP): 43 Soldat:innen*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

**Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Die Streitkräfte Pakistans spielen eine zentrale und unverzichtbare Rolle für die nationale Identität, da über sie – neben der Religion – ein Gegengewicht zum säkular verfassten Nachbarn Indien konstruiert wird. Dem Heer kommt dabei eine herausragende Rolle zu. Seit der Unabhängigkeit bildet das aus Teilen der British Indian Army entstandene Militär die kohäsivste nationale Gruppe. In der Tat ist erst durch die Streitkräfte vorangetrieben worden, dass sich der Gedanke vom „Islamischen Staat Pakistan“, dessen *raison d'être* einer kontinuierlichen Abgrenzung gegenüber Indien bedarf, manifestierte. Der Streit um die Provinz Kaschmir wäre somit nicht der Ursprung, sondern vielmehr die Folge einer in der eigenen Identitätsbildung verwurzelten Struktur der scheinbar ewigen Feindschaft, die in der Vergangenheit trotz limitierter Ressourcen auf beiden Seiten immer wieder in offene Kriege ausuferte. Die pakistanische Autorin Ayesha Siddiqi sagte treffend: „Every country has an army, but the Pakistani army has a country“. Die durch die Wahrnehmung einer externen Bedrohung konstituierte Macht des pakistanischen Militärs wirkt sich auf die Regierungsform aus. Da sich demokratische Institutionen und Strukturen im Schatten des allmächtigen

Sicherheitsapparates nur sehr bedingt und eingeschränkt etablieren konnten, gleichzeitig aber auch das Spektrum politischer Parteien in Pakistan nur dem Namen nach demokratisch und rechtstaatlich orientiert sind, oszillierte die Regierungsform seit Bestehen Pakistans 1947 stets zwischen Demokratie und Militärdiktatur. Dabei trat das Militär in der Vergangenheit oft als Modernisierer auf, beispielsweise unter Pervez Musharraf. Die zivilen Regierungen wurden vom Militär meist lediglich geduldet, unter der Bedingung, dass sie strategische und wirtschaftliche Interessen des Sicherheitsapparates nicht antasten.

Wirtschaftlich ist das Militär von großer Bedeutung. Es ist die wichtigste Wirtschaftsmacht des Landes und hat über Jahrzehnte ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut. Aktive und pensionierte Offizier:innen bilden – neben Führungspositionen in staatlichen Verwaltungsbehörden und Universitäten – die Führungselite einzelner Wirtschaftssektoren und haben als solche Zugang zu staatlichen Subventionen. Die Produktpalette der angesprochenen Firmen reicht dabei von Panzern über Zement bis zu Müsli. Im Zuge der schweren Überschwemmungen im August 2010, bei denen das Militär maßgeblich die Nothilfe- und Wiederaufbauaktionen für die Bevölkerung koordinierte, erlangte das Militär einen vorher nie dagewesenen Vertrauensschub. Etwa 60.000 Soldat:innen und 45 Helikopter stellte das Militär für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung. Das Ansehen des Militärs wurde zudem aufgrund der in der Mehrheitsbevölkerung als effektiv wahrgenommenen Terrorismusbekämpfung (Kampfeinsatz in den ehemaligen Stammesgebieten) weiter verstärkt. Ergebnissen des World Values Survey (2022) zufolge sprechen 16,9 Prozent der Befragten dem Militär ihr Vertrauen aus und 68 Prozent sogar sehr großes Vertrauen. Dem hingegen haben nur 5,3 Prozent wenig und 7,6 Prozent der Befragten gar kein Vertrauen in das Militär. Damit ist im Vergleich zu den Ergebnissen von 2012 – 30,2 Prozent gaben an Vertrauen ins Militär zu haben und 51,8 Prozent sehr großes Vertrauen zu haben – der Anteil derer, die dem Militär stark vertrauen, nochmals deutlich gestiegen. Die aufgeklärte Zivilgesellschaft, Menschenrechtsaktivist:innen und Journalist:innen sehen die Rolle des Militärs sowie des Sicherheitssektors allerdings sehr kritisch.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Pakistan hat eine Vielzahl lokaler und nationaler Polizeieinheiten. Die Ebenen der inneren und äußeren Sicherheit sind im Land verwoben und daher oft nicht klar voneinander trennbar. Die vier Provinzen und Islamabad selbst haben ihre eigenen Polizeibehörden, welche auf

ihre Regionen beschränkt sind. Im Einzelnen sind dies die Balochistan Police mit ca. 46.000 Beamt:innen, die Punjab Police mit 180.000 Beamt:innen, die Sindh Police mit 115.000 Beamt:innen, die Frontier Police in Khyber Pakhtunkhwa mit 73.000 Beamt:innen und die Islamabad Police mit ca. 11.000 Beamt:innen. Neben diesen regionalen Behörden gibt es noch einige nationale Polizeieinheiten sowie Sicherheitsdienste. Die Frontier Constabulary ist eine auf 33.000 Personen begrenzte, paramilitärische Einheit die landesweit operiert. Sie ist neben anderen Aufgaben mit der Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels betraut, aber auch verantwortlich für die Sicherheit zwischen Stammesgebieten und regulär verwalteten Gebieten. Sie übernimmt sowohl polizeiliche als auch militärische Aufgaben und kämpft häufig an vorderster Front gegen islamistische Extremist:innen, was mitunter zu starken Verlusten führt. Rekrutiert wird das nötige Personal aus der Gruppe der Polizeianwärter:innen, die nach der Ausbildung aber vor dem Antritt in den regulären Dienst ein Jahr in der Frontier Constabulary ableisten müssen. Diese Frontier Constabulary arbeitet seit den frühen 2000ern auch vermehrt mit dem Frontier Corps (FC) zusammen. Das FC ist ebenfalls eine paramilitärische Einheit und untersteht dem Innenministerium. Es ist etwa 70.000 Personen stark und rekrutiert sich größtenteils aus der Armee. Dem FC stehen 45 gepanzerte Mannschaftstransporter zur Verfügung.

Mit den Pakistan Rangers mit einer Stärke von rund 25.000 Personen gibt es eine weitere paramilitärische Einheit, die mit Aufgaben der inneren Sicherheit beauftragt ist. Wie auch viele andere Einheiten der Polizei und der Armee sind die Pakistan Rangers mit verschiedenen Versionen des G3 Sturmgewehrs und den Maschinenpistolen des Typs MP5 von Heckler&Koch ausgestattet. Neben diesen paramilitärischen Einheiten existiert auch noch die National Highway and Motorway Police (NH&MP) mit nur rund 310 Beamt:innen. Diese sind für das Einhalten der Verkehrsgesetze auf den öffentlichen Highways zuständig. Sie dient als Vorbild für die mögliche Restrukturierung anderer Polizeieinheiten in Pakistan, da sie als besonders korruptionsresistent gilt. Des Weiteren gibt es auch eine Anti-Narcotics Force, die dem Ministerium für Drogenkontrolle untersteht. Diese, mit etwa 1.500 Beamt:innen vergleichsweise kleine Abteilung, beschäftigt sich ausschließlich mit dem Kampf gegen Drogenkriminalität und wird dabei aber je nach Situation von anderen Einheiten unterstützt. Daneben gibt es eine pakistanische Bundespolizei, die Federal Investigation Agency, welche landesweit operiert. Mit rund 3.500 Beamt:innen ist diese Behörde insbesondere mit organisierter Kriminalität in den Bereichen Korruption, Terrorismus, Immigration, Menschenhandel und Schmuggel, Geldwäsche sowie Finanzbetrug und Diebstahl geistigen Eigentums betraut.

Der Inter-Services Intelligence (ISI) ist der größte der drei pakistanischen Geheimdienste neben dem Intelligence Bureau (IB) und dem Military Intelligence (MI). Der ISI ist mit allen Aufgaben zur nationalen Sicherheit betraut. Dies umfasst nationale und internationale Informationsbeschaffung, verdeckte Operationen und die interne Unterdrückung verschiedener Oppositionsgruppen. Berichten zufolge beschäftigt der Geheimdienst etwa 10.000 Personen und gliedert sich in folgende Bereiche, die mit unterschiedlichen nationalen oder regionalen Aufgaben betraut sind: Joint Intelligence X (JIX), Joint Intelligence Bureau (JIB), Joint Counter Intelligence Bureau (JCIB), Joint Intelligence/North (JIN) und Joint Intelligence Miscellaneous (JIM). Auf dem Papier ist der pakistanische Geheimdienst eine zivile Institution, doch in der Praxis übt das Militär eine starke Kontrolle über den ISI aus. Offen ist weiterhin die Frage, zu welchem Grad die jeweilige Regierung in Islamabad die Arbeit des Geheimdienstes kontrollieren oder auch nur beeinflussen kann. Der ISI ist aus dem Bündnis mit den USA – zuerst in

den 1980er Jahren, zuletzt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – gestärkt hervorgegangen. Er steht unter Verdacht, relativ autonom und unabhängig von jeglicher Einflussnahme (Stichwort „Staat im Staate“) zu agieren und beispielsweise zahlreiche extremistische Gruppen kreiert, ausgebildet, bewaffnet und kontinuierlich durch Logistik, Schutz, Waffen, Geld etc. unterstützt zu haben – u. a. die afghanischen Taliban.

Laut Amnesty International und Janes Defense sind Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und Kritiker:innen der Regierungen von Repressionen, Festnahmen und Tötungen bedroht. Demonstrat:innen sind ebenfalls mit übermäßiger und rechtswidriger Gewalt konfrontiert – ein Antiterrorgesetz bot die Möglichkeit 4.000 Menschen willkürlich verhaften zu lassen. Der Global Organized Crime Index nennt die pakistanische Polizei die korrupteste Institution des Landes und weist auf Verwicklungen der Polizei in Menschenhandel hin.

Mit der 25. Verfassungsänderung von 2018 wurde der Sonderstatus der ehemaligen halbautonomen Stammesregion im Nordwesten Pakistans aufgehoben und die Regionen der regulären Justiz und Verwaltung unterstellt. In diesem Zuge wurde das Polizeigesetz von Khyber Pakhtunkhwa auf die Gebiete ausgeweitet und die Integration der paramilitärischen Milizen (Khasadars und Levies) in die reguläre Polizei bis Februar 2022 abgeschlossen.

## Diversität in den Sicherheitskräften

LGBTQIA+-Personen können in Pakistan de facto nicht offen in den Streitkräften oder der Polizei dienen, auch wenn es keine explizite rechtliche Beschränkung dahingehend gibt. Homosexualität ist allerdings illegal (siehe hierzu auch den Kommentar zu [Geschlechtsspezifischer Gewalt](#)). LGBTQIA+-Personen sehen sich im Alltag regelmäßig Schikanen (Erpressung; Verhaftungen; Misshandlungen) durch die Polizei ausgesetzt. Punktuell finden zwar Schulungen zum Umgang mit transgeschlechtlichen Personen statt, so bspw. Ende 2023 in Belutschistan in Zusammenarbeit mit dem UNODC. Systematisch gibt es solche Trainings allerdings nicht und sie zielen primär auf den Umgang mit der Bevölkerung, nicht auf eine Integration innerhalb der Sicherheitskräfte.

Frauen waren hingegen seit der Staatsgründung im pakistanischen Militär präsent und dienten freiwillig bereits im Unabhängigkeitskampf – allerdings ausschließlich in medizinischen, logistischen und anderen nicht-kämpfenden Einheiten. Kurzzeitig bestand um das Jahr 1949 herum sogar eine Frauen-Nationalgarde unter dem Oberbefehl der First Lady Ra'ana Liaquat Ali Khan. Strukturelle Vorbehalte gegenüber Kampfaufgaben bestehen aber bis heute: Die Marine schließt Frauen bspw. weiterhin aus Kampfeinheiten aus, die Armee verbietet ihnen den Dienst in Infanterie-, Artillerie- und Panzerverbänden, erlaubt ihnen aber den Zugang in anderen speziellen Kampfrollen. Auch öffnete die Luftwaffe 2006 (als erste Teilstreitkraft) Kampfrollen für Frauen, bspw. die der Pilotin. Insgesamt dienen Frauen aber auch heute vor allem in medizinischen, logistischen, administrativen und ähnlichen Bereichen; 2017 lag ihr Gesamtanteil in den Streitkräften zudem extrem niedrig (lediglich 0,43 %; ca. 4.000 Soldatinnen). In UN-Missionen sind sie hingegen überproportional dazu vertreten: Im Dezember 2025 waren 140 der 2.414 entsandten Sicherheitskräfte Frauen, was einem Anteil von 5,8 % entspricht. Der höchste bis dato in den Streitkräften von einer Frau erreichte Rang ist, nach vorliegenden Informationen, seit 2020 der einer Lieutenant-Generalin.

Im Polizeisektor lag der Frauenanteil 2023 landesweit ebenfalls sehr niedrig – lediglich 3,2 % (15.509 von 489.645 Beamt:innen). Regional bestehen aber Unterschiede: Vorreiter sind Punjab mit 4,4 %, Islamabad mit 5,0 % sowie die National Highways & Motorway Police mit 6,3 %. In den höchsten Rängen sind Frauen hier allerdings gar nicht vertreten; in mittleren Positionen liegt ihr Anteil bei rund 3,8 %, in den unteren Rängen (bis zum Inspector) bei etwa 2 %. Bei Spezial-Fortbildungen hingegen sind Frauen – gemessen an ihrem Gesamtanteil – überproportional vertreten: 9,8 % bei Auslands- und 8,4 % bei Inlandsfortbildungen. Die Rekrutierungszahlen der Jahre 2020–2024 deuten zudem auf eine positive Entwicklung hin: Rund 15,1 % der Neurekrutierten waren Frauen (11.321 Personen insgesamt). Den bis heute höchsten Rang in der Polizei erreichte 2016 die erste stellvertretende Generalinspektorin. Strukturelle Hürden bleiben dennoch erheblich: Es mangelt an frauengerechter Infrastruktur – entsprechende Unterkünfte wurden teilweise seit Anfang der 1990er nicht renoviert oder erweitert –, und Arbeitszeitregelungen erschweren den Dienst zusätzlich. Der niedrige Frauenanteil wirkt sich zudem unmittelbar auf den adäquaten Umgang mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt aus: nur etwa 2 % der Betroffenen wenden sich an die Polizei – und das, obwohl seit 1994 in größeren Städten Polizeistationen für Frauen existieren.

Khyber Pakhtunkhwa präsentierte Ende 2024 die erste provinzielle Genderstrategie. Über einen Nationalen Aktionsplan zur Implementierung der Women-Peace-and-Security-Agenda (WPS) verfügt Pakistan bisher nicht, bekennt sich aber zu deren Zielen, fixierte einzelne Ziele hiervon im Rahmen anderer Nationaler Aktionspläne und hält Dialog- und Konsultationsprozesse zu einer gender-responsiven Sicherheitsagenda ab.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Nicht beigetreten	Treaties.un.org

### Kommentar

Pakistan ist einer Reihe von wichtigen Abrüstungsabkommen nicht beigetreten. Dies kann vor allem auf das in Pakistan vorherrschende Gefühl der eigenen Unsicherheit bezüglich des vom indischen Nachbarn ausgehenden Bedrohungspotenzials zurückgeführt werden. Pakistan gilt, genauso wie Indien und Israel, als inoffizielle Atommacht und ist kein Mitglied im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT). Offizielle Atomkräfte sind nur diejenigen Staaten, die vor dem 1. Januar 1967 einen Atomwaffentest durchgeführt haben (USA, Russland, Großbritannien, China, Frankreich). Bislang hat Pakistan auch den Beitritt zum noch nicht in Kraft getretenen Umfassenden Teststoppvertrag abgelehnt. Dieser tritt erst in Kraft, wenn 44 festgelegte Länder, die allesamt über einen atomaren und/oder nuklearen Forschungsreaktor verfügen, ratifiziert haben. Der Nicht-Beitritt Pakistans zur Anti-Personenminen-Konvention kann als eine militärstrategische Entscheidung vor dem Hintergrund des indisch-pakistanischen Konfliktes gesehen werden. Einem Bericht des *Landmine Monitor* zufolge besaß Pakistan im Jahre 2003 mindestens sechs Millionen Anti-Personenminen, die in eigener Produktion hergestellt wurden. Auch im Jahresbericht 2025 wird das Land noch als wahrscheinlicher Produzent von Antipersonenminen identifiziert und hält nach wie vor an der Position fest, dass diese einen integralen Bestandteil der pakistanischen Verteidigung darstellen. In Pakistan nutzen außerdem nicht staatliche Akteure, wie die Tehrik-i-Taliban Pakistan (Bewegung der pakistanischen Taliban), Antipersonenminen.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und Vereinten Nationen gegen Pakistan verhängt.

## Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

**Tabelle 12**

### **Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen**

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### **Box 5**

#### **Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026**

*In 2025 Pakistani authorities suppressed dissenting voices amid a crackdown on media freedom, political opposition, and civil society, often using vague and overbroad laws to stifle criticism. Blasphemy-related attacks on religious minorities increased, fueled by discriminatory legislation and government inaction. Militant groups carried out violent attacks on security forces and civilians, killing hundreds. The government used the latter attacks to justify the continued expulsion of Afghan refugees that were in no way connected to the attacks.*

Quelle: Human Rights Watch, World Report 2026: Pakistan  
<https://www.hrw.org/world-report/2026/country-chapters/pakistan>

**Box 6****Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025**

*Authorities weaponized laws relating to criminal defamation, sedition, hate speech and "cyber terrorism" to muzzle dissent as militancy-related security attacks increased. Climate-induced floods and heatwaves, with temperatures reaching 50°C in some areas, continued to cause hardship. While inflation rates receded, low and daily wage workers were denied rights to unionize and access to safe environment and fair pay.*

Quelle: Amnesty International Report 2025

<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

**Box 7****Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

*Bewertung für Pakistan auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 20/60*

*Politische Rechte: 12/40*

*Gesamtbewertung: Teilweise frei (32/100)*

*Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

**Box 8****Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

*Pakistan holds regular elections under a competitive multiparty system. However, the military exerts enormous influence over the conduct of elections, government formation, and policies; intimidates the media; and enjoys impunity for indiscriminate or extralegal use of force. The authorities often impose selective restrictions on civil liberties. Islamist militants conduct terrorist campaigns against the state and also regularly carry out attacks on members of religious minority groups and other perceived opponents.*

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/pakistan/freedom-world/2026>

**Kommentar**

Pakistan ist den meisten zentralen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten, weist jedoch weiterhin erhebliche Defizite in deren praktischer Umsetzung auf. Zwar enthält die Verfassung umfassende Bestimmungen zum Schutz der Menschenrechte, dennoch gilt die Menschenrechtssituation insgesamt als zunehmend problematisch. Zu den positiven Entwicklungen zählen die Abschaffung der Todesstrafe für Minderjährige, ihre getrennte Inhaftierung sowie die Einführung einer Frauenquote in der Politik. Dem stehen jedoch gravierende strukturelle Probleme gegenüber, insbesondere ein hoher Grad an Korruption innerhalb des Justiz- und Polizeisystems sowie die weitverbreitete Kinderarbeit. Obwohl Pakistan die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert hat und Kinderarbeit verfassungsrechtlich verboten ist, gehen

Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen von bis zu fünf Millionen arbeitenden Kindern und Jugendlichen aus, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig sind.

Die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit wurde im Vorfeld und im Zuge der Wahlen im Februar 2024 erheblich eingeschränkt. Die Regierung blockierte zeitweise soziale Medien wie X, ging repressiv gegen Oppositionsparteien und Medien vor und nahm Hunderte Aktivist:innen fest, teils unter dem Vorwurf der Gewaltanwendung. Journalist:innen waren aufgrund vermeintlicher Regierungskritik Einschüchterungen, Schikanen sowie digitaler und physischer Überwachung ausgesetzt. Dieses Vorgehen schuf ein Klima der Angst unter Medienschaffenden und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, das zu weitverbreiteter Selbstzensur führte. Nach Angaben des Committee to Protect Journalists wurden 2024 mindestens sieben Journalist:innen in Pakistan getötet, einige davon mutmaßlich durch militante Gruppen. Weitere wurden Opfer offenbar erzwungener Verschleppungen, darunter der Journalist Syed Farhad Ali Shah, der im Mai aus seinem Wohnhaus entführt wurde.

Die pakistanischen Behörden setzten zudem Bestimmungen des Blasphemiegesetzes durch, die als Vorwand für Gewalt und Diskriminierung religiöser Minderheiten dienen. Diese waren häufig willkürlichen Verhaftungen und Strafverfolgungen ausgesetzt. Bei Angriffen durch Menschenmengen und Selbstjustizgruppen auf Personen, denen „Blasphemie“ vorgeworfen wurde, kamen mindestens vier Menschen ums Leben. In diesen Fällen versäumte es die Regierung, die Täter wirksam zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Antiterrorismuseoperationen der pakistanischen Sicherheitskräfte, darunter Zarb-e-Azb und die seit 2017 laufende Operation Radd-ul-Fasad, gingen mit schweren Menschenrechtsverletzungen einher. Dazu zählen willkürliche Verhaftungen, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen sowie zahlreiche Fälle des „Verschwindenlassens“. Die faktische Immunität der Sicherheitskräfte begünstigte in diesem Kontext die Herausbildung einer de-facto-Militärjustiz. Seit 2008 wurden schätzungsweise 5,3 Millionen Menschen infolge bewaffneter Aufstände, staatlicher Aufstandsbekämpfung und politischer Gewalt vertrieben, insbesondere aus den ehemaligen Stammesgebieten und aus Belutschistan. Viele Betroffene leben bis heute unter prekären Bedingungen.

Regierungsvertreter machten afghanische Flüchtlinge in Pakistan wiederholt für die Zunahme militanter Angriffe verantwortlich und schufen damit einen Vorwand für anhaltende Bemühungen, Afghan:innen – von denen viele seit Generationen im Land leben – zur Ausreise zu zwingen. Insbesondere Personen ohne gültige Papiere waren anfällig für Misshandlungen, da Polizei und lokale Behörden häufig mit Repressalien drohten. Zwar ging die Zahl der Abschiebungen im Vergleich zu 2023 zurück, dennoch kehrten bis September 2024 mehr als 220.000 Menschen nach Afghanistan zurück; 88 Prozent von ihnen gaben Angst vor Verhaftung als Hauptgrund an.

Insgesamt bleibt die Menschenrechtssituation in Pakistan äußerst angespannt. Angehörige der Sicherheitskräfte und Geheimdienste sind häufig direkt an Gewalttaten beteiligt oder tragen durch Duldung zur Aufrechterhaltung systematischer Menschenrechtsverletzungen bei. Die Rechte von Minderheiten werden nur unzureichend und inkonsequent geschützt. Auch die seit dem Ende der Militärherrschaft wieder erstarkte Judikative war bislang nicht in der Lage, einen wirksamen und nachhaltigen gerichtlichen Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten.

## Geschlechtsspezifische Gewalt

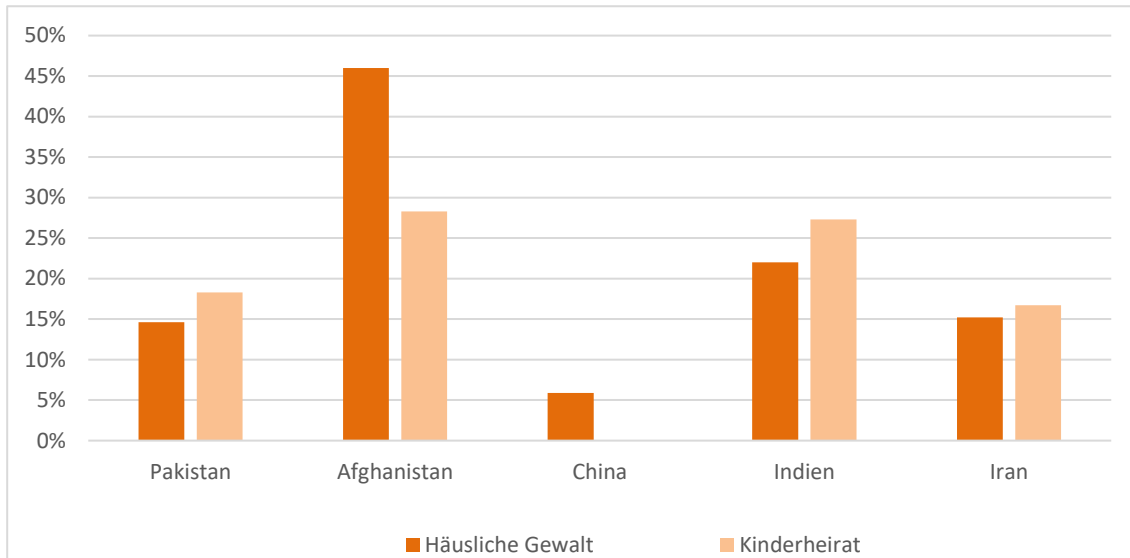
Pakistan hat auf internationaler Ebene die meisten wichtigen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) sowie zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert, darunter die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) und die Convention on the Rights of the Child – letztere inkl. Fakultativprotokolle. Auf nationaler Ebene ergreift Pakistan angemessene rechtliche Schutzmechanismen, die Behörden setzen sie oftmals aber nur unzureichend und regional uneinheitlich um.

Verfassungsrechtlich ist ein Diskriminierungsverbot der Frau festgehalten, dennoch sind Frauen aufgrund der Anwendung islamisch geprägter Rechtsvorschriften und patriarchaler Gesellschaftsstrukturen oft schlechter gestellt als Männer. Geschlechtsspezifische Gewalt ist weit verbreitet. 23 % der verheirateten 15- bis 49-jährigen Frauen erlebten physische oder sexuelle Gewalt durch einen (Ehe-)Partner mindestens einmal in ihrem Leben, 14 % innerhalb des letzten Jahres. Allein von sexueller Gewalt in der Beziehung berichteten 4,8 % der Frauen (Lebenszeitprävalenz) bzw. 3,6 % innerhalb des letzten Jahres. Allein 2024 wurden 547 Ehrenmorde, 5.339 Vergewaltigungen, 24.493 Entführungen und 2.238 Fälle häuslicher Gewalt registriert. Aufgrund hoher Stigmatisierung melden nur rund zwei Prozent der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen entsprechende Vorfälle. Die Dunkelziffer dürfte hier entsprechend noch höher liegen. 2024 wurden 1.641 Morde im Kontext häuslicher Gewalt gemeldet. Der Staat ergriff Maßnahmen: spezialisierte Polizeieinheiten, spezialisierte Gerichte für GBV, Krisenzentren, Hotlines und Frauenhäuser. Dennoch ist die Strafverfolgung oftmals unzureichend und Frauen erfahren weiterhin soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Diskriminierung (siehe hierzu auch den Kommentar „[Frauen in Wirtschaft und Politik](#)“).

Auch für LGBTQIA+-Personen ist die Lage trotz eines sehr progressiven Gesetzes zum Schutz von Transgender-Personen (2018) insgesamt schwierig. Dieses legalisierte ein drittes Geschlecht – transgeschlechtliche Personen haben seither das Recht, Ausweisdokumente entsprechend ihrer Geschlechtsidentität zu erhalten. Dennoch sehen sich LGBTQIA+-Personen regelmäßig Schikanen durch die Polizei (Erpressung; Verhaftungen; Misshandlungen) ausgesetzt. Homosexualität ist zudem illegal und kann mit Geldstrafen bis zu lebenslanger Haft, theoretisch sogar mit dem Tod bestraft werden (entsprechende Fälle sind allerdings nicht bekannt). Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität ist jedoch grundsätzlich illegal, auch wenn es regionale Unterschiede in der Rechtslage gibt. Konversionstherapie ist allerdings nicht verboten und gilt als verbreitete Praxis. Trotz rechtlicher Anerkennungen bleibt vor allem die öffentliche Sichtbarkeit stark eingeschränkt. Im Equaldex-Ranking erreicht Pakistan nur 31 von 100 Punkten. Damit liegt das Land weltweit auf Platz 115 von 197.

Auch Kinderrechte sind stark belastet. Kinderheirat ist nach wie vor verbreitet, wenngleich sie deutlich gesunken sind: 1993 wurden noch 40,7 % der Mädchen vor dem 18. Lebensjahr verheiratet, 9,6 % sogar vor dem 15. Lebensjahr – 2018 lag die Prävalenz noch bei 18,3 % bzw. 3,6 %. Damit liegt Pakistan unter dem regionalen Durchschnitt (31,8 % für unter 18-jährige und 8,5 % für unter 15-jährige). Insbesondere in ländlichen Gegenden und einkommensschwachen Familien ist die Praxis noch stark verbreitet. Auch Kinderarbeit ist ein strukturelles Problem: Der Anteil arbeitender Kinder (10 – 14 Jahre) liegt bei 9,8 %. 2,2 Mio. unter-15-jährige müssen demnach arbeiten, fast 70 % davon sind in der Landwirtschaft tätig. Weibliche Genitalverstümmelung kommt in manchen Regionen weiterhin vor – Prävalenzzahlen liegen allerdings nicht vor.

## Schaubild 5

**Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region:  
Prävalenz Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**

Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 9

#### **Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas der Bertelsmann Stiftung 2024**

Throughout the period under review (2021 – 2022), Pakistan faced significant challenges on both the political and economic fronts. After years of claiming to be on the "same page" as Pakistan's powerful military establishment, the Pakistan Tehreek-i-Insaf (PTI) government that came to power in 2018 was ousted in April 2022 by a vote of no confidence in the parliament. The vote was initiated by the Pakistan Democratic Movement (PDM), an alliance of parties that includes the Pakistan Muslim League Nawaz (PML-N), the Pakistan People's Party (PPP) and the Jamaat-i-Ulama Islam (JUI). However, the vote was only able to succeed after the Muttahida Quami Movement (MQM) defected from the ruling coalition to support the PDM. At the time, it was clear that the success of the vote could be attributed to the military establishment's withdrawal of support for the PTI. Differences had emerged between the two erstwhile partners over the direction of Pakistan's foreign policy, the appointment of armed forces personnel and the economic performance of the PTI government when then-army chief General Qamar Javed Bajwa announced a policy of political "neutrality" that was widely interpreted as a signal that the PTI no longer enjoyed the military's support. In the aftermath of the PTI's ouster, its leader – former Prime Minister Imran Khan – claimed that his government had been toppled by a regime change conspiracy orchestrated by the United States, and carried out by General Bajwa and the PDM. Khan asserted that the United States had wanted him removed due to his desire to pursue an independent foreign policy. While evidence supporting this theory remained questionable, it resonated with the PTI's supporters and fueled the party's increasingly forceful calls for new elections. Throughout 2022 and into 2023, Imran Khan and his

party organized protests against the PDM government and General Bajwa (who retired in November 2022), challenging the former's legitimacy and mobilizing support in anticipation of general elections. In response, the PDM, led by Shahbaz Sharif, brother of the former prime minister and PML-N leader, Nawaz Sharif, has refused to commit to holding elections. The PDM has resorted to various delaying tactics, while simultaneously attempting to suppress the PTI leadership through court cases, and arbitrary arrests and disappearances.

[...]

Levels of violence in Pakistan have remained relatively low compared to the decade from 2008 to 2018. However, there has been a steady increase in terrorist activity following the return to power of the Taliban in Afghanistan in 2021. This resurgence has been accompanied by the return of the Tehreek-i-Taliban Pakistan (TTP), a violent militant outfit responsible for perpetrating numerous terrorist attacks in Pakistan over the past decade.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/PAK>

### Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index 2025

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Pakistan 28 Punkte (2024: 27 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Mali, Bolivien, Irak, oder Liberia. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>

### Spannungen und innere Konflikte

Pakistan durchziehen grundsätzlich drei Konfliktlinien: Eine erste zwischen zivilen politischen, den sog. demokratischen Kräften, und dem Militär über die Ausgestaltung des politischen Systems; eine zweite zwischen ethnischen Gruppen über provinzielle Autonomiebestrebungen; und eine dritte zwischen religiösen und säkularen Gruppen über die Rolle von Religion in Staat und Gesellschaft. So gibt es in Pakistan aufgrund der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Dominanz der Punjabis (größte ethnische Gruppe mit gleichnamiger Provinz, d. h. Punjab) und resultierender Deprivations- und Diskriminierungswahrnehmungen der anderen großen ethnischen Gruppen (Paschtun:innen, Sindhis, Belutsch:innen, Muhajirs) einen internen Konflikt. Dieser drückt sich im Falle der Belutsch:innen auch in Autonomieforderungen und Separationsbestrebungen aus. In Karatschi kam es im Laufe der 1990er Jahre immer wieder zu gewaltsamen, teils sehr heftigen Unruhen zwischen einheimischen Sindh-Nationalisten:innen und den 1947 aus Indien zugewanderten Muhajir, die beide sowohl gegeneinander als auch gegen staatliche Sicherheitskräfte kämpften. Doch auch zwischen verfeindeten Fraktionen der Muhajir selbst sowie zwischen radikalen Elementen sunnitischer und schiitischer Muslim:innen sind Momente der Gewalteskalation keine Seltenheit. Verschlimmert wird die Situation durch die weite Verbreitung von Kleinwaffen, die meist über die Grenze zu Afghanistan ins Land gelangen.

Besonders der bewaffnete Konflikt zwischen der militanten Dachorganisation der pakistanischen Taliban-Gruppierungen, Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP), und pakistanischen Regierungstruppen löst anhaltend Besorgnis aus. Die TTP zielt auf einen Regierungswechsel ab, bei dem ein Taliban-Regime und das Gesetz der Scharia in Pakistan etabliert werden soll. Nach dem Anschlag auf den Flughafen in Karatschi im Juni 2014 gingen die pakistanischen Streitkräfte mit der Großoffensive Zarb-e-Azb gegen die TTP und andere dschihadistische

Gruppierungen entschlossen vor. Der Fokus dieser Kampagne lag auf Nordwasiristan. Bis heute verüben Talibanverbände punktuell Anschläge im gesamten Land. Nach einer erneuten Zunahme von Terroranschlägen im Jahr 2017, geht Pakistan im Rahmen der bis heute andauernden Militäroperation Radd-ul-Fasaad („*Beseitigung der Zwietracht*“) landesweit auch gegen terroristische Schläferzellen vor, um so nach eigener Aussage die Erfolge von Zarb-e-Azb zu konsolidieren und die Stabilität des Landes langfristig zu sichern.

Die pakistanische Regierung erhoffte sich nach der Übernahme Afghanistans durch die Taliban eine, wie schon in der Vergangenheit geschehene, enge Zusammenarbeit. Konkret erwartete Islamabad die Taliban gegen die TTP und andere pakistanische militante Gruppen vorgehen und ihre Rückzugsgebiete auf afghanischem Boden zerstören würde. Doch diese Hoffnungen zerplatzten innerhalb der ersten zwölf Monate der Taliban-Herrschaft in Kabul. Stattdessen ermutigte und stärkte die Rückkehr der Taliban die TTP. Die Todesfälle durch militante Angriffe im Jahr 2023 stiegen um 56 % im Vergleich zu 2022, mit mehr als 1.500 Todesfällen, darunter 500 Sicherheitskräfte.

## Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

### Geographische Lage

Die Islamische Republik Pakistan liegt im südlichen Asien und grenzt im Osten an Indien und im Westen an Afghanistan und Iran. Im äußersten Nordosten teilt Pakistan eine kurze Grenze mit China. Das Land umfasst eine Fläche von rund 800.000 km<sup>2</sup>. Angaben der Weltbank zufolge betrug die Bevölkerungszahl im Jahre 2023 circa 240,5 Millionen. Der seit 1947 von Pakistan kontrollierte Teil Kaschmirs (Azad Jammu & Kaschmir) verfügt über eine weitgehend autonome interne Verwaltung und erstreckt sich über eine zusätzliche Fläche von 13.300 km<sup>2</sup> und rund drei Millionen Einwohner:innen.

### Politische Situation in der Region

Die Lage in Südasien gilt wegen den andauernden Spannungen zwischen Pakistan und Indien, die beide als inoffizielle Atommächte gelten, als unsicher. Seit der Teilung des Sub-Kontinents im Jahr 1947 ist der Kaschmir-Konflikt das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. Zusätzlich verschärft wird die gesamte Sicherheitslage der Region durch die instabile Situation in Afghanistan.

Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 war Pakistan eins der drei Länder, das diplomatische Beziehungen zum Taliban-Regime in Afghanistan unterhielt. Afghanistan ist für Pakistan v. a. aufgrund seiner Feindschaft zu Indien wichtig, das Konzept der sogenannten „strategischen Tiefe“ ist ein zentrales außenpolitisches Postulat des pakistanischen Militärs. Es besagt, dass Pakistan sich unter allen Umständen um eine ihm gewogene Regierung bzw. Herrschaftsstrukturen in Afghanistan bemühen muss, um damit die Eventualität eines Zweifrontenkrieges gegen Indien zu vermeiden; für den Fall, dass Indien Pakistan angreift. Im Rahmen von Pakistans Krieg gegen den Terrorismus im eigenen Land hat es seit den 2000er Jahren umfassende Militäroperationen in der ehemaligen Nordwestgrenzprovinz (Khyber-Pakhtunkhwa) und insbesondere den ehemaligen Stammesgebieten unter Bundesverwaltung (FATA) gegeben.

### Grenzkonflikte

Seit der Teilung Britisch-Indiens 1947 in das muslimische Pakistan und das säkulare Indien streiten beide Staaten über den Status der Grenzregion Kaschmir. Obwohl die Provinz mehrheitlich muslimisch geprägt ist, wurde sie ursprünglich Indien zugesprochen. Eine militärische Intervention Pakistans führte zu einem ersten bewaffneten Konflikt, der 1949 mit einem von den Vereinten Nationen vermittelten Waffenstillstand endete. Etwa 60 Prozent Kaschmirs fielen Indien zu, der Rest Pakistan. Die Feindschaft zwischen beiden Ländern blieb jedoch bestehen. 1965 provozierte Pakistan erneut Kämpfe, die erst durch Vermittlung der Sowjetunion beendet wurden, ohne dass sich am Status quo von 1949 Wesentliches änderte. Auch während der politischen Unruhen um die Unabhängigkeit Bangladeschs 1971 kam es zu Gefechten in Kaschmir. Ab den 1980er-Jahren unterstützte die pakistanische Regierung offenbar Guerillagruppen im indischen Teil Kaschmirs.

Mit der Entwicklung von Atomwaffen ab 1998 erhielt der Konflikt eine neue, gefährliche Dimension. Zwar schien die „Erklärung von Lahore“ 1999 zunächst eine Entspannung einzuleiten, doch schon wenige Monate später kam es in Kargil zu heftigen Kämpfen entlang der Waffenstillstandslinie. Auch in den Jahren 2000 und 2001 hielten die Spannungen an, begleitet von Artilleriegefechten. Nach dem Bombenanschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001, den Indien pakistanischen Gruppen zuschrieb, standen beide Staaten am Rand eines offenen Krieges. Erst als Präsident Musharraf im Januar 2002 zwei islamistische Gruppen verbot und gegen militante Aktivist:innen vorging, entspannte sich die Lage leicht.

Trotz fortgesetzter Angriffe auf Hindus in Kaschmir deutete sich in den Folgejahren eine vorsichtige Annäherung an. 2002 vereinbarten beide Länder eine Truppenreduzierung, 2003 wurde nach Vajpayees „Hand of Friendship“-Rede ein unbefristeter Waffenstillstand geschlossen. Ab 2004 begann ein Dialogprozess mit vertrauensbildenden Maßnahmen, darunter neue Verkehrsverbindungen. 2008 wurde zudem der Handel über die „Line of Control“ erlaubt. Wenige Wochen später jedoch erschütterten die Anschläge von Mumbai die fragile Annäherung, woraufhin Indien erneut Pakistan die Verantwortung zuschrieb und den Dialog abbrach.

Seither kam es immer wieder zu schweren Zwischenfällen. Beide Seiten warfen sich gegenseitig hunderte Waffenstillstandsverletzungen vor. 2019 erreichte die Gewalt eine neue Stufe: Indien verlegte zehntausende Soldat:innen nach Kaschmir und hob im Rahmen des „Jammu and Kashmir Reorganisation Act“ den Sonderstatus nach Artikel 370 der Verfassung auf. Der Bundesstaat wurde aufgelöst und in zwei Unionsterritorien aufgeteilt, Kommunikationskanäle wurden blockiert, tausende Menschen inhaftiert. Im Februar desselben Jahres starben bei einem Anschlag auf indische Paramilitärs mindestens 40 Soldat:innen – der schwerste Angriff in Kaschmir seit drei Jahrzehnten. Die pakistanische Gruppe Jaish-e-Mohammad bekannte sich dazu. Indien reagierte mit Luftschlägen auf pakistanischem Gebiet, woraufhin Pakistan zwei indische Kampfflugzeuge abschoß und einen Piloten gefangen nahm. 2020 intensivierten sich die Gefechte mit über 4.000 Schusswechseln. Ab 2022 verschärfte Indien die Kontrolle über Kaschmir weiter, indem unabhängige Medien eingeschränkt und Wahlkreise zugunsten hinduistischer Mehrheiten neu zugeschnitten wurden. In der Folge nahmen Angriffe auf Hindus zu, was Fluchtbewegungen und Proteste auslöste.

Eine rasche friedliche Lösung der Kaschmir-Frage bleibt daher unwahrscheinlich. Dennoch gab es Fortschritte: Anfang 2021 bekräftigten beide Regierungen ihre Verpflichtung zum Waffenstillstand von 2003. Doch im April 2025 kam es erneut zu Eskalationen. Am 22. April töteten mutmaßliche Mitglieder der pakistan-nahen „Resistance Front“ bei einem Anschlag in Pahalgam 26 Tourist:innen. Indien reagierte am 7. Mai mit der Operation „Sindoor“, die

Raketen- und Luftangriffe auf mutmaßliche Terrorcamps in Pakistan und pakistanisch kontrolliertem Kaschmir umfasste. Pakistan antwortete mit Raketen-, Drohnen- und Artillerieeinsätzen. Beide Seiten meldeten zivile wie militärische Opfer, machten jedoch widersprüchliche Angaben. Erstmals kam es zu Drohrenduellkämpfen, womit dieser Vorfall als der schwerste militärische Zwischenfall seit Jahrzehnten gilt. Nach vier Tagen kehrten beide Länder am 10. Mai 2025 durch US-Vermittlung zu einem Waffenstillstand zurück.

### Regionale Rüstungskontrolle

Pakistan ist nicht dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen (NPT) beigetreten. Damit entziehen sich beide Staaten einer institutionalisierten Kontrolle durch die internationale Atomenergiebehörde IAEA. Auch die Unterzeichnung des bislang noch nicht in Kraft getretenen Umfassenden Teststoppvertrages wird von beiden Staaten verweigert. Dementsprechend existiert keinerlei regionale Rüstungskontrolle, nicht einmal für die vorhandenen nuklearen Arsenale. Nach den erfolgreichen Atomwaffentests Indiens und Pakistans 1998 haben beide Staaten jedoch ein einseitiges Teststopp-Moratorium verkündet.

### Bedrohung von Alliierten

#### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der UN-Peacekeeping Mission UNMOGIP (United Nations Military Observer Group in India and Pakistan) sind derzeit 44 Beobachter:innen vor Ort – darunter auch schweizerische (2), schweizerische (3), italienische (2), kroatische (8) und rumänische (2).

Die Hauptversorgungsroute US-amerikanischer Soldat:innen in Afghanistan führte lange Zeit durch Pakistan. Mehr als die Hälfte des Nachschubs der Truppen wurde im pakistanischen Hafen Karatschi umgeladen und von dort aus nach Afghanistan transportiert.

### Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

#### *Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Nach Desinteresse durch die USA und andere westliche Staaten nach Beendigung des Kalten Krieges, katapultieren die Anschläge des 11. September 2001 Pakistan als Nachbar Afghanistans und Verbündeter im nachfolgenden „Kampf gegen den Terror“ wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Mit Milliardenhilfen wurden Armee und Sicherheitsorgane unterstützt. Diese Unterstützung hält im Wesentlichen trotz breit angelegter anti-amerikanischer Stimmung bis heute an, auch wenn die ehemalige Trump-Regierung im Spätsommer 2018 drohte, die Militärhilfe so lange einzufrieren, bis Pakistan seine Rolle als Patron und Rückzugsraum für Talibangruppen aufgabe. So hielten die Vereinigten Staaten von Amerika und Pakistan am 12. August 2025 in Islamabad die jüngste Runde des US-pakistanischen Dialogs zur Terrorismusbekämpfung ab und bekräftigten dabei ihr gemeinsames Engagement für die Bekämpfung des Terrorismus.

In Pakistan hat sich seit 2001 ein erhebliches internes Terrorismusproblem herausgebildet, nachdem die Armeeführung jahrzehntelang islamistische Gruppen für den Einsatz gegen indische und afghanische Kräfte instrumentalisiert hatte. Die massive Zunahme sektiererischer Gewalt ist nur ein Indikator dafür. Nach dem Anschlag auf die Armeeschule in Peschawar im Dezember 2014 hat Pakistan mit dem sog. Nationalen Aktionsplan ein umfangreich rigoroses Antiterrorismuspaket für das Land aufgelegt und in Kraft gesetzt, in dessen Folge die Zahl der Anschläge und quantitative Indikatoren politischer Gewalt zurückgegangen sind. Mit dem Beitritt zur Internationalen Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen zu Beginn 2009 unterstrich Pakistan sein Bekenntnis zur Terrorbekämpfung. Nichtsdestotrotz belegt Pakistan im Global Terrorism Index (2025) den 2. Platz und verzeichnet mit einem Anstieg von 45% auf 1.081 die weltweit zweitmeisten Tote durch Terrorismus im Jahr 2024. Die TTP, die weltweit dritt tödlichste Terrorgruppe 2024, und die Balochistan Liberation Army (BLA), sind hauptverantwortlich für diesen Anstieg.

## Internationale Kriminalität

### Tabelle 14

#### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten (mit Einschränkungen)	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten (mit Einschränkungen)	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Pakistan ist ein wichtiges Zielland des internationalen Frauenschmuggels. Experten schätzen, dass täglich 100 bis 150 Frauen, zum größten Teil aus Myanmar und Bangladesch, illegal nach Pakistan eingeschleust und an Bordellbesitzer:innen verkauft werden. Es wird vermutet, dass allein 200.000 Frauen aus Bangladesch in Pakistan als illegale Sexarbeiterinnen arbeiten. Die weitgehende Untätigkeit der pakistanischen Behörden wird von Menschenrechtsorganisationen bemängelt, wobei hier erwähnt werden muss, dass sich die Bemühungen in den letzten Jahren stark erhöhten. So wurde 2018 mit dem PTPA (Prevention of Trafficking in Persons Act) die Rechtsgrundlage verbessert und es kommt zu gezielten Schulungen von Personal sowie zu vermehrten Ermittlungen und Verurteilungen. Laut dem Global Slavery Index (2023) leben rund 2,3 Millionen Menschen in Sklaverei ähnlichen Verhältnissen, was rund einem Prozent der Bevölkerung entspricht.

Pakistan ist eine zentrale Drehscheibe im internationalen Drogenhandel. Sowohl Cannabis als auch Mohn werden im Land angebaut. Afghanisches Opium wird in Pakistan zu Heroin verarbeitet, bevor es nach Europa oder Nordamerika exportiert wird.

Pakistan ist auch ein großer Produzent von Kleinwaffen. Der *Small Arms Survey* nimmt an, dass in Pakistan hergestellte Waffen nicht-staatliche Akteure in Indien sowie Widerstandsgruppen in Kaschmir, im Nahen Osten und in Europa erreichen. Die Nähe zu Afghanistan macht Pakistan zudem auch zu einem wichtigen Durchfuhrland des illegalen Kleinwaffenhandels. Staatliche Kontrollen sind minimal.

**Tabelle 15**

### *Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen*

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten (mit Einschränkung)	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### UN-Berichterstattung

Pakistan hat bis zum Jahr 2015 regelmäßig Informationen über Rüstungsexporte und -importe an das UN-Waffenregister übermittelt. Seither hat es jedoch keinen Bericht mehr eingereicht. Im Rahmen der Berichterstattung über Militärausgaben hat Pakistan an die Vereinten Nationen lediglich 2023 Daten übermittelt. Da das Land kein Mitglied des Arms Trade Treaty ist, werden auch hier keine Daten übermittelt. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons machte Pakistan von 2003 bis 2016 regelmäßige Angaben. Seither wurde jedoch auch hier kein Bericht mehr eingereicht.

### Unerlaubte Wiederausfuhr

Die formal existierenden Gesetze zu Waffenexportkontrollen in Pakistan geben theoretisch keinen Grund zur Kritik. Es bestehen Regulierungsmechanismen sowohl für den Export wie auch für den Re-Export von Waffen, die offiziell auch das Potential der illegalen Weiterverbreitung mitberücksichtigen. Für den Export werden authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate verlangt und im Falle eines Re-Exports von Waffen muss der ursprünglich exportierende Staat benachrichtigt werden.

Dennoch war Pakistan in der Vergangenheit in den Fokus des Interesses gerückt, nachdem bekannt wurde, dass der führende pakistanische Nuklearforscher und „Vater der pakistanischen (islamischen) Bombe“, Abdul Qadeer Khan, Kopf eines internationalen Netzwerkes war, das illegal Technologien, atomwaffenfähiges Material und Know-how an Staaten wie Iran, Libyen und Nordkorea weitergegeben hat. Khan, pakistanischer Nationalheld und ein enger Vertrauter und Berater in nuklearen Fragen des früheren Präsidenten Musharraf, wurde daraufhin auf Druck der Vereinigten Staaten von diesem entlassen. Nach einer öffentlichen Bitte um Verzeihung begnadigte Musharraf Khan, wobei bis heute nicht gänzlich geklärt werden konnte, inwieweit die damalige pakistanische Regierung in den brisanten Wissenstransfer verstrickt war.

Viele Waffen werden zudem aus Pakistan nach Tadschikistan ausgefahren und gelangen dort über die lange und unübersichtliche Grenze nach Afghanistan. Ein zentraler Faktor für den Aufstieg der Taliban unter Mullah Omar waren ihre zahlreichen Kriegsressourcen, die unter anderem durch illegale Waffenlieferungen aus Pakistan gespeist wurden. Der Waffenschmuggel floriert insbesondere an der Grenze zu Afghanistan, wo rund 1.000 illegale Waffenproduktionsfirmen ein reges Geschäft betreiben. Mehr als hundert Waffen werden dort Berichten zufolge pro Tag produziert, darunter Sturmgewehre, Handfeuerwaffen, Handgranaten und sogar Flugabwehrgeschütze. Eine Stunde außerhalb der Stadt Peschawar befindet sich zudem der größte Schwarzmarkt für Waffen, wo beispielsweise AK-47 Nachbauten bereits für 50 US-Dollar erhältlich sind. Die Waffen sind Imitate der Modelle, die die USA in den 1980er Jahren an die Mudschahedin lieferten. Es werden regelmäßig Fälle bekannt, in denen noch auf pakistanischem Gebiet Waffen konfisziert werden, die in Richtung afghanisch-pakistanischer Grenze geschmuggelt werden sollten. Gleichzeitig häufen sich Fälle, in denen in

afghanischen Konfliktregionen, wie beispielsweise Kundus, illegal eingefahrene pakistanische Waffen entdeckt werden. So wurden im April 2015 für Taliban bestimmte Waffen und ICOM Radios in Kundus konfisziert. Meist kommen diese Waffen aus der Stadt Darra, wo ein Großteil der illegalen Waffenfabriken ihren Sitz hat. Dabei werden meist Routen gewählt, die nicht dauerhaft von Sicherheitskräften kontrolliert werden. Ziel dieses landesinternen Schmuggels ist meist die Stadt Peschawar, die eine Art Sammelstation und Verteilerzentrum der illegalen Waffen darstellt. Immer wieder kommt es auf diesen Routen zu Verhaftungen.

Nach der Übernahme der Taliban in Afghanistan floriert der illegale Waffenhandel an der pakistanisch-afghanische Grenze weiterhin. Obwohl sowohl die Taliban als auch pakistanische Regierung Anstrengungen unternimmt den Waffenhandel einzudämmen, sind Schmuggelrouten in den Grenzregionen Khost, Bajaur und Nord-Waziristan, Brennpunkte des Waffenschmuggels.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 10

#### *Auszug aus dem Transformationsatlas der Bertelsmann Stiftung 2024*

*Rising international commodity and fuel prices, high debt repayment levels, and lackluster economic performance have all contributed to a balance-of-payments crisis that has seen Pakistan's foreign currency reserves dwindle. This situation was further exacerbated by misguided policy decisions, such as subsidizing petrol and artificially boosting the value of the rupee. The PDM government is currently negotiating a bailout with the IMF, while Pakistan also grapples with double-digit inflation and the economic impact of record flooding in 2022.*

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/PAK>

### Tabelle 16

#### *Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)*

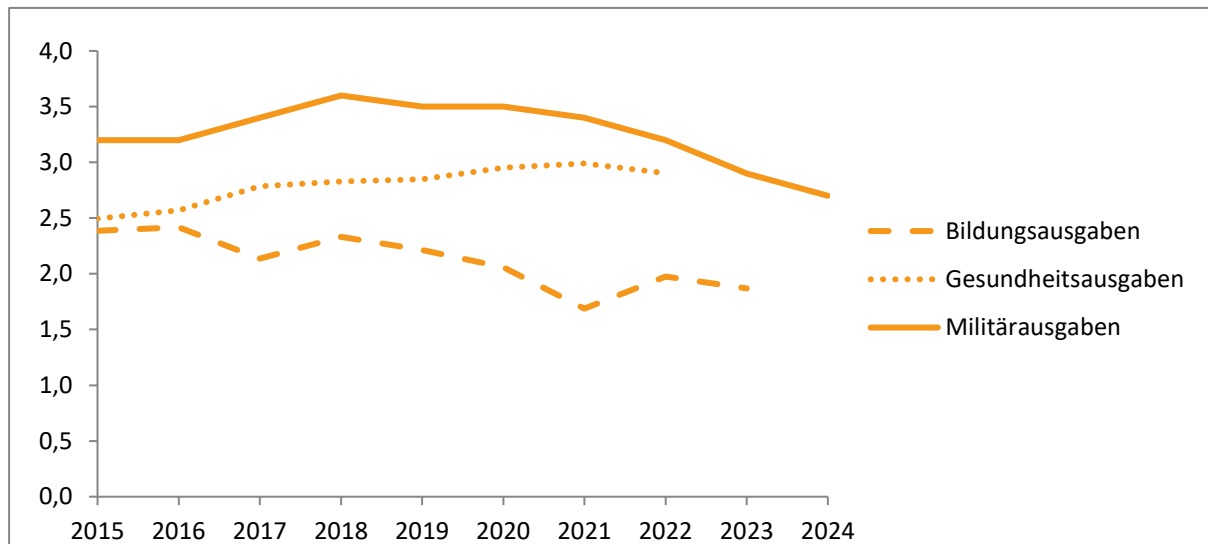
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	10148	10581	9877	8626	8183
Militärausgaben/BIP	3,5	3,4	3,2	2,9	2,7
Gesundheitsausgaben/BIP	3,0	3,0	2,9	-	-
Bildungsausgaben/BIP	2,1	1,7	2,0	1,9	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	110178	118034	130851	127708	130847
Anteil am BIP (in Prozent)	34,3	39,3	37,5	34,1	38,7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	970,69	865,98	764,84	363,2	-
Net ODA (% of GNI)*	0,28	0,28	0,23	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	50,59	114	137,93	61,43	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

Tabelle 18

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	148	144	141	140	135
Index-Platzierung	23	24	26	29	35

Tabelle 19

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Afghanistan	Militarisierungswert	105	83	64	69	71
	Index-Platzierung	64	93	115	111	109
China	Militarisierungswert	97	99	102	104	97
	Index-Platzierung	83	82	77	78	82
Indien	Militarisierungswert	108	102	100	100	98
	Index-Platzierung	61	71	72	72	76
Iran	Militarisierungswert	136	137	132	133	127
	Index-Platzierung	37	33	34	33	44

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Afghanistan	Militärausgaben (absolut)	289	294	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,8	-	-	-
China	Militärausgaben (absolut)	259.923	266.692	278.474	296.821	317.561
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,6	1,6	1,7	1,7

		2020	2021	2022	2023	2024
Indien	Militärausgaben (absolut)	77444	76953	80348	82293	83623
	Militärausgaben/BIP	2,8	2,5	2,4	2,4	2,3
Iran	Militärausgaben (absolut)	5473	6652	6996	7391	6646
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,2	2,1	2,4	2,0

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Tabelle 21**

### Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,540	0,536	0,537	0,544	0,544
HDI-Wert (Männer)	0,578	0,578	0,578	0,578	0,578
HDI-Wert (Frauen)	0,471	0,473	0,48	0,486	0,485
GDI-Wert	0,815	0,831	0,84	0,839	0,838

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

### Frauen in Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 25 % sind Frauen (15+ jährige) deutlich schlechter in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (81 %). Pakistan liegt damit weit unter dem weltweiten Durchschnitt (49 %). Besonders in Führungspositionen sind Frauen stark unterrepräsentiert: nur 3,4 % aller Firmen haben Top-Managerinnen (Stand 2022), nur 2,1 % eine weibliche Mehrheitseigentümerschaft und nur rund 5 % der Firmen hatten überhaupt eine weibliche Unternehmensbeteiligung. Da 84,3 % der Erwerbstätigen informell tätig sind (Frauen zu 92 %; Männer zu 82 %) sind einige Kennziffern allerdings nur begrenzt aussagekräftig.

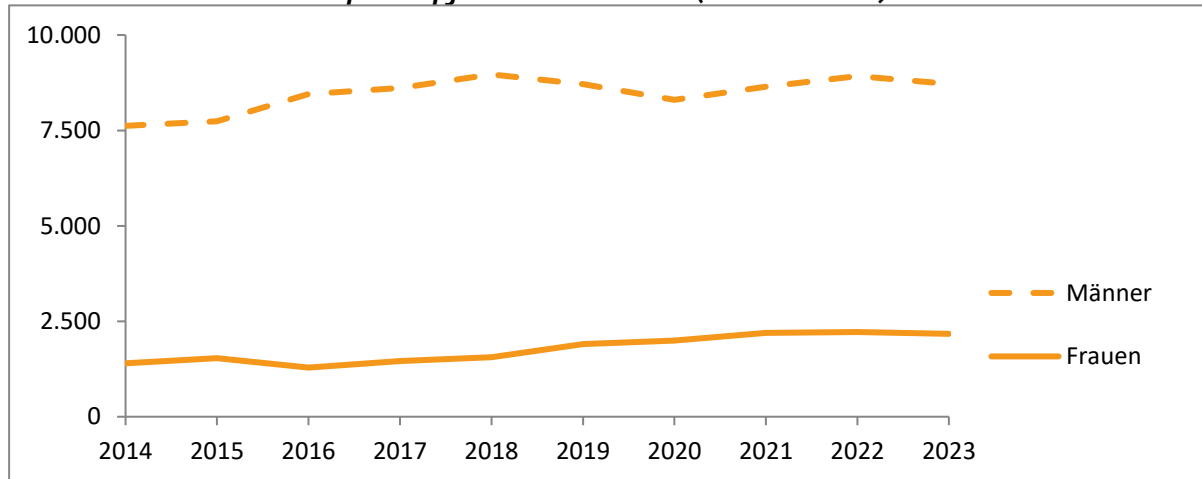
Laut Gender Development Index (GDI) zählt Pakistan zur Gruppe der Länder mit „geringer Gleichheit“ im Hinblick auf die HDI-Dimensionen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander. Ein Wert von 1 steht für vollständige Parität. Mit 0,838 liegt Pakistan deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 0,955. Entsprechend zeigen sich geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede: Frauen haben zwar eine um 4,8 Jahre höhere Lebenserwartung, allerdings auch weniger durchschnittliche Bildungsjahre (0,6 Jahre weniger) sowie eine geringere „erwartete Schuldauer“ (also durchschnittliche Schuldauer der heute geborenen

Kinder; 1,3 Jahre weniger). Frauen sind auch laut Gender Gap Report im primären und sekundären Bildungssektor schlechter gestellt (geringe Einschulungsraten von 9,5 bzw. 5,8 %) und weisen mit 48,5 % gegenüber 69,1 % der Männer eine deutlich niedrigere Alphabetisierungsrate auf. Lediglich hinsichtlich des tertiären Bildungssektor besteht weitestgehend Parität. Primär geht der niedrige GDI-Wert aber auf ein enormes Lohngefälle zurück: 2023 verdienten Frauen mit 2.173 US-Dollar (kaufkraftbereinigtes Pro-Kopf-Einkommen) nur rund 25 % so viel wie Männer (8.724 US-Dollar). Während die Einkommenslücke in absoluten Zahlen seit 2014 also um 331 Dollar anstieg (von 6.220 auf 6.551 Dollar) sank das relative Lohngefälle in der letzten Dekade um rund 7 Prozentpunkte. 2014 lag der relative Anteil des Einkommens von Frauen, gemessen an dem von Männern, noch bei 18 %.

Diese Disparitäten spiegeln sich auch im Gender Inequality Index (GII) wider, die reproduktive Gesundheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Selbstbestimmung misst. Anders als beim GDI steht hier 0 für vollständige Gleichheit und 1 für maximale Ungleichheit. Pakistan erreicht hier einen Wert von 0,536 und schneidet damit deutlich unterdurchschnittlich ab (weltweiter Durchschnitt von 0,455). Damit belegt das Land Rang 145 von 172 Ländern. Hier schlägt sich insb. die schlechte politische Partizipation nieder: Zu Beginn des Jahres 2025 waren 0 von 18 Ministerien weiblich besetzt, im Unterhaus bzw. der Nationalversammlung nur 53 von 311 Sitzen (17 %) und im Oberhaus bzw. dem Senat nur 16 von 85 Sitzen (18,8 %) mit Frauen besetzt.

Das Weltbankprogramm „Women, Business and the Law (WBL) 2.0“ zeigt zudem, Pakistan in Bezug auf die formale rechtliche Gleichstellung von Frauen insgesamt mittelhohe Werte erzielt (46,7 von 100 Punkte) und damit unter dem globalen (67) aber leicht über dem regionalen Durchschnitt Südasiens (44,3) liegt. Besonders stark sind die rechtlichen Bestimmungen hinsichtlich freier Mobilität (87,5 /100 Punkte) – ansonsten sind Frauen in sieben von zehn gemessenen Dimensionen stark benachteiligt (maximal 50 Punkte). Am schlechtesten schneiden die Gesetze zur Verfügbarkeit, Finanzierung und Qualität der Kinderbetreuung (0/100) sowie Eigentums- und Erbrechte (25/100) ab. Auch bei den praktischen unterstützenden Rahmenbedingungen (etwa Politiken und Institutionen zur Umsetzung der Gleichstellungsregeln) zeigen sich deutliche Schwächen, wobei Pakistan hier mit 50,7 Punkten sowohl regional (36,6) als auch global (46,8) überdurchschnittlich abschneidet. Besonders gering sind die Unterstützungsstrukturen ebenfalls im Hinblick auf Kinderbetreuung (0/100) sowie – anders als die Rechtslage – im Hinblick auf freie Mobilität. Stark sind dagegen Strukturen zur Förderung von Lohngleichheit, Gleichstellung in der Ehe und Sicherung von Altersversorgung von Frauen (je 75 Punkte). Laut Expert:innen, welche die Umsetzung und Wirkung der vorhandenen Regeln bewerten, bestehen aber weiterhin erhebliche Defizite: lediglich bei einer von zehn Dimensionen (Mobilität) erreicht Pakistan mehr als 43 Punkte.

Schaubild 7

**Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)**

Quellen: Gender Development Index

**Zusammenfassung zu Kriterium 8:**

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von von 1.430 US-Dollar zählt Pakistan zu den „lower-middle income countries“. Das Land weist keine allzu hohe Auslandsverschuldung auf (38,7 % am BIP) und ist nicht abhängig von Entwicklungshilfe. Dennoch ist die wirtschaftliche und soziale Lage desolat. Die Wirtschaft gilt als nicht sehr wettbewerbsfähig, wenig diversifiziert und relativ schockanfällig. Insbesondere klimatische Bedingungen wirken sich enorm auf die Agrarwirtschaft aus, von der Pakistan abhängig ist. Eine hohe Inflation (2024 rund 22%) und ein erst im Jahr 2023 abgewendeter Staatsbankrott verschärfen die Situation. Die Weltbank bewertet die ökonomische Anfälligkeit als außergewöhnlich hoch. Mit einem HDI-Wert von 0,544 wird Pakistan der Kategorie von Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“ zugeordnet. In Bezug auf die meisten SDGs schneidet Pakistan ebenso schlecht ab. Geschlechterungleichheit, Armut, Unterernährung sowie weitere wichtige Indikatoren (Mütter- & Kindersterblichkeit, Bildungsdauer, Lebenserwartung und Alphabetisierungsquoten) stellen weiterhin große Probleme dar. Mit durchschnittlichen Bildungsausgaben von 2,1 % des BIP bzw. 2,8 % für Gesundheit (vergangene zehn Jahre) sind die Militärausgaben von 3,3 % sehr hoch. Entsprechend belegt Pakistan im GMI den 35. Platz und gilt als „stark militarisiert“.

**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 1.430 US-Dollar zählt Pakistan 2024 zu den „lower-middle income countries“. Die Auslandsschulden sind mit 38,7% am BIP nicht außergewöhnlich hoch. Dennoch ist die finanzielle Lage äußerst angespannt. Allein beim Internationalen Währungsfonds hat Pakistan derzeit Schulden über 7,4 Mrd. US-Dollar. Zuletzt wurde im Januar 2024, im Rahmen einer 3-Milliarden-Dollar schweren Bereitschaftskreditvereinbarung (Standby Arrangement; SBA), ein erneutes Darlehen über 700 Millionen Dollar bewilligt. Bereits im Juli 2023 soll das Kreditprogramm dazu beigetragen haben, einen

Staatsbankrott abzuwenden. Entsprechend setzt Pakistan derzeit Reformen um, die unter anderem auf die Senkung der hohen Inflation zielen. Diese lag 2024 mit 22 % sehr hoch. Die angespannte Situation konnte auch durch ein stabiles Wirtschaftswachstum in den vergangenen zehn Jahren nicht verhindert werden. Pakistan gilt mit Rang 110 von 141 im Global Competitiveness Index zudem als nicht wirklich wettbewerbsfähig. So machen allein Land-, Forstwirtschaft und Fischerei rund 23,7 % des Bruttoinlandprodukts aus, was das Land anfällig für extreme Naturereignisse macht. Dies war bspw. im Jahr 2022 zu erkennen, als eine Überschwemmungskatastrophe zu schweren Schäden an Ernten und Viehbeständen führte. Das Land gilt im Hinblick auf den Klimawandel als ausgesprochen bedroht (Rang 15 im Global Climate Risk Index). Auch die im Zuge der Covid-19 Pandemie gestiegenen Preise für Düngemittel u. ä. wirkten somit schwer belastend. Industrie und Dienstleistungen machen je rund 20,25 bzw. 50,7 % aus. Die Wirtschaft gilt zudem nur als mittelmäßig diversifiziert. So macht der Exportsektor rund 10,4 % der Wirtschaftsleistung aus und ist insbesondere von Textilien und in geringerem Umfang von Agrarprodukten, Metallen, Erzen und Dienstleistungen geprägt. Die Weltbank bewertet das Risiko, dass sich die pakistanische Wirtschaft auch in Zukunft als krisenanfällig erweisen wird als außergewöhnlich hoch.

## Soziale Entwicklung

Die bereits genannten wirtschaftlichen Probleme wirken sich auch auf die Armut im Land aus. Mit einem HDI-Wert von 0,544 wird Pakistan zur Kategorie der Länder mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“ gezählt. Unter den Nachbarstaaten erreicht lediglich Afghanistan einen noch schlechteren Wert. Zum Vergleich: Deutschland erreicht 0,959 Punkte. Die Nachbarstaaten Indien liegen mit 0,685; China mit 0,797 und der Iran mit 0,799 Punkten weit vor Pakistan. Der Anteil der Öffentlichen Entwicklungsgelder am Bruttonationaleinkommen ist mit 0,23 % hingegen niedrig (Stand: 2021). Eine Abhängigkeit besteht hier also nicht. Mit 16,5 % der Bevölkerung (Stand: 2018), die unter der absoluten Armutsgrenze von 3,00 PPP-Dollar am Tag leben müssen, ist Armut aber noch immer ein Problem. Rund 45 % der Bürger:innen leben von weniger als 4,00 PPP-Dollar am Tag, 21,9 % leben unter der nationalen Armutsgrenze (Stand: 2018). Nach Angaben des UNDP sind etwa 38 Prozent der Bevölkerung Pakistans von multidimensionaler Armut betroffen. Die Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind mit 5,5 bzw. 11,1 % hingegen nicht bedenklich.

Hinsichtlich zentraler Indikatoren der Sustainable Development Goals (SDGs) schneidet Pakistan insgesamt schlecht ab. Lediglich rund 20 Prozent der Indikatoren befinden sich derzeit auf einem Pfad, der eine Zielerreichung bis 2030 erwarten lässt. So liegen die Mütter- und Kindersterblichkeitsraten mit 155 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten bzw. 50 pro 1.000 Lebendgeburten auf einem hohen Niveau. Zum Vergleich: Der weltweite Durchschnitt beträgt 197 bzw. 27. Auch die Lebenserwartung liegt mit durchschnittlich 68 Jahren deutlich unter dem globalen Mittelwert von 73 Jahren. Rund 20,7 Prozent der Bevölkerung leiden an Unterernährung. Deutliche Defizite zeigen sich zudem im Bildungsbereich: Die Alphabetisierungsrate beträgt bei Frauen lediglich 49 Prozent, bei Männern hingegen 69 Prozent. Während der Zugang zu Elektrizität mit 95,6 Prozent vergleichsweise gut ausgebaut ist, bleibt die Versorgung mit sicherem Trinkwasser mit nur 44,5 Prozent der Bevölkerung unzureichend.

Positive Bewertungen erzielt Pakistan lediglich bei einzelnen Zielen, insbesondere bei SDG 10 (Verringerung von Ungleichheiten), SDG 12 (nachhaltige Konsum- und

Produktionsmuster) und SDG 13 (Klimaschutz). Der Gini-Index liegt mit einem Wert von 29,6 (Stand 2018) vergleichsweise niedrig, was auf eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung hindeutet. Besonders problematisch ist hingegen das Abschneiden bei SDG 16 („Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“). Dieses wird unter anderem durch vergleichsweise hohe Mordraten, weitverbreitete Korruption, Kinderarbeit, eingeschränkte Pressefreiheit sowie ein verbreitetes Gefühl gesellschaftlicher Unsicherheit negativ beeinflusst.

Mit durchschnittlichen Ausgaben (vergangene zehn Jahre) für Bildung von 2,1 % des BIP und für Gesundheit von 2,8 % des BIP erscheinen die Militärausgaben von 3,3 % unangemessen hoch. Allgemein ist der Zugang zu Bildung und Medizin – insbesondere im ländlichen Raum – eingeschränkt. Entsprechend gering sind die Einschulungsquoten. Pakistan ist zudem stark militarisiert (Rang 35 im jüngsten Globalen Militarisierungsindex).

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

